

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 2/2024

Engagement aus Tradition

Der »von Rohdich'sche
Legatenfonds«

Operation »Bagration«

Die vergessene Großoffensive im Osten,
Sommer 1944

Sieg der Demokratie

Der lange Weg zum deutschen
Grundgesetz



20. Juli 1944

Netzwerk und Attentat



ZMS BW
Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

MILITÄR HISTORISCHES MUSEUM

Dresden



KULTUR
GESCHICHTE
GEWALT



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als neuer Leitender Wissenschaftler am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ist es mir eine besondere Freude, dass ich mein erstes Editorial in einer Ausgabe der **Militärgeschichte** schreiben darf, in der mein Vorgänger im Amt, Herr Prof. Dr. Michael Epkenhans, als prominenter Autor vertreten ist.

Professor Epkenhans kenne ich seit mehreren Jahren persönlich. Als ich vor einigen Monaten meinen Dienstposten am ZMSBw antrat, lernte ich seine Arbeit zusätzlich aus dem Blickwinkel des »Insiders« kennen. Meine Hochachtung ist nun noch mehr gestiegen! Vor mir als erstem Leitenden Wissenschaftler, der keinen deutschen Pass besitzt, liegt eine äußerst spannende Aufgabe. Bedenken davor, eventuell mit meinem Vorgänger verglichen zu werden, schwinden schnell in Anbetracht der täglichen Anforderungen des Dienstes sowie der Freude an einer sehr spannenden Tätigkeit.

Als ich den Beitrag von Michael Epkenhans in dieser Ausgabe las, der sich mit drei signifikanten Umbrüchen der deutschen Geschichte auseinandersetzt, kam ich sehr schnell ins Nachdenken.

Zum einen dachte ich an meine eigene Biographie, die, in Anlehnung an den Artikel von Michael Epkenhans, auch durch drei Umbrüche gekennzeichnet ist: 1989, 2005 und 2023. Am 1. September 1989 landete ich in Deutschland, zuerst in Heidelberg, nach einem Jahr ging es nach München. In 15 Jahren erlebte ich einiges: zwei Jahre an der Universität der Bundeswehr München als Sprachlehrer; meine Promotion an der Freien Universität Berlin; das Kennenlernen meiner Frau in München; die Geburt meiner beiden Kinder. Diese Phase endete 2005, als ich eine Stelle als Dozent für Militärgeschichte an der University of Salford, Manchester annahm, wo ich acht Jahre als Professor arbeitete. Der dritte Umbruch kam letztes Jahr, als ich am ZMSBw als neuer Leitender Wissenschaftler meinen Dienst antrat.

Obwohl 1989/2005/2023 nicht so prägnant wie 1849/1919/1949 klingen mögen, waren es persönliche Umbrüche. Für mich als Militärhistoriker gehört auch der 20. Juli 1944 zu den prägnanten Daten der deutschen Geschichte – ein Datum, an dem leider gerade kein Umbruch gelang, da das Attentat des Widerstandes auf Adolf Hitler scheiterte. Dennoch hat es für die Bundeswehr weiterhin zentrale Bedeutung und erhält zum 80. Jahrestag in dieser Ausgabe einen Schwerpunkt. Eine moderne Form der Auseinandersetzung mit der Thematik sehen Sie bereits auf dem Coverbild. Die Graphic Novel »20. Juli« stellen wir Ihnen im Heft näher vor.

Ich wünsche Ihnen viel Unterhaltung bei der Lektüre!



Prof. Dr. Dr. Alaric Searle
Leitender Wissenschaftler und
Leiter Abteilung Forschung



Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



SZ Photo / Süddeutsche Zeitung Photo

6
Wirklich nur eine »ganz kleine Clique«? Im Prozess zum Attentat auf Hitler verkündet Strafrichter Roland Freisler Todesurteile gegen die Beteiligten.



bpk / Kunststichkabinett. SMB / Dietmar Katz

24
Im Dienst für die Benachteiligten: Friedrich Wilhelm von Rohdich.



Niels Schröder

12
Im Fokus: Die Geschichte des gescheiterten Attentats auf Hitler durch Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg.



picture alliance / Daniel Kalker

14
Symbol der vereinigten Demokratie: Seit 1999 ist der Reichstag Sitz des Deutschen Bundestages.



Foto Gemm / Süddeutsche Zeitung Photo

30
Wehrmacht auf dem Rückzug: Die Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte 1944 war die größte deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg.

Historischer Anknüpfungspunkt:
Rekrutinnen und Rekruten legen
ihr feierliches Gelöbnis am
Jahrestag des Attentats
auf Hitler ab, 20. Juli 2021.



Bundeswehr / Sebastian Wilke

Inhalt 2/2024

- 6 **ZWEITER WELTKRIEG**
Das Netzwerk des 20. Juli 1944
Wissen und Unwissen des NS-Regimes
über den Umsturzversuch
- 12 **MILITÄRGESCHICHTE IM BILD**
Der 20. Juli 1944 als Graphic Novel
- 14 **DEMOKRATIEGESCHICHTE**
**Der lange Weg zu einer stabilen
demokratischen Ordnung**
Deutsche Verfassungen 1849 – 1919 – 1949
- 22 **IM BLICKPUNKT**
Der militärische Eid
- 24 **TRADITION**
Invaliden, Waisen, Assistenzhunde
Der »von Rohdich'sche Legatenfonds«
- 28 **GESCHICHTE KOMPAKT**
Overlord | 1944
Bauernkrieg | 1524
Düppeler Schanzen | 1864
- 30 **ZWEITER WELTKRIEG**
Zusammenbruch im Osten
Die sowjetische Operation »Bagration« und die
Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944
- 34 **SERVICE**
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

Coverbild: Die Bombe detoniert. Aus: Niels Schröder,
20. Juli 1944. Biographie eines Tages, Berlin 2019.

Das Netzwerk des 20. Juli 1944

Wissen und Unwissen des NS-Regimes über den Umsturzversuch

Den 20. Juli 1944 und den Versuch, die nationalsozialistische Diktatur zu beseitigen, verbinden die meisten mit dem Namen Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Er war derjenige, der die Bombe, die Adolf Hitler töten sollte, im Führerhauptquartier »Wolfsschanze« platzierte. Doch das Netzwerk des »20. Juli« umfasste über zweihundert Personen und reichte in fast alle Bereiche der Gesellschaft. Die Existenz dieses Widerstandes versuchte das NS-Regime zu vertuschen.

Von Linda von Keyserlingk-Rehbein

Der 20. Juli 1944 ist in der öffentlichen Erinnerungskultur mit keiner anderen Person so eng verbunden wie mit Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der die Umsturzpläne ab Herbst 1943 entschieden vorangetrieben hatte. Der begabte Generalstabsoffizier suchte von diesem Zeitpunkt an aktiv nach Gleichgesinnten, die konkrete Aufgaben am Umsturztag und danach übernehmen konnten oder bereit waren, ein Attentat auf den »Führer« zu verüben. Die Beseitigung Adolf Hitlers galt den meisten Beteiligten als notwendige Voraussetzung für einen Umsturzversuch. Denn solange Hitler lebte, stellte der Eid, den alle Wehrmachtsoldaten auf den Diktator persönlich hatten schwören müssen, ein strukturelles Problem für ein

Umsturzvorhaben dar. Als Stauffenberg im Sommer 1944 durch eine Versetzung persönlich Zugang zum streng abgesicherten »Führer« erhielt, erklärte er sich bereit, das Attentat selbst auszuführen. Bei der Vorbereitung und Durchführung des Umsturzversuches am 20. Juli 1944 hatte Stauffenberg somit eine Schlüsselrolle, doch handelte er keineswegs im Alleingang.

Eine »kleine Clique«?

Vielmehr konnte er auf ein umfangreiches konspiratives Netzwerk zurückgreifen, dessen Anfänge bis in die Vorkriegsjahre zurück reichten. Wer war außer ihm noch beteiligt?

Die Führung des NS-Regimes sowie dessen Verfolgungsorgane waren von

den Ereignissen des 20. Juli 1944 völlig überrascht worden. Trotz jahrelanger Überwachung von Regimegegnern war es der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) nicht gelungen, die Umsturzpläne im Vorfeld aufzudecken. Noch am Tag des Attentats setzte daher eine fieberhafte Suche nach den Beteiligten ein. In der nun gebildeten »Sonderkommission 20. Juli« sollten fortan rund 400 Gestapo-Beamte nach den Hintergründen des Umsturzversuches fahnden.

Doch noch bevor die eigentlichen Ermittlungen begannen, hatte die NS-Führung bereits verkündet, wer aus ihrer Sicht hinter dem Anschlag steckte. Hitler hatte die Detonation der von Stauffenberg im »Führerhauptquartier Wolfsschanze« platzierten Bombe mit





Mehr als nur Stauffenberg: Fotos der getöteten Beteiligten des Attentats auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 in der »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« in Berlin.

nur leichten Verletzungen überlebt. In seiner Radioansprache in den frühen Morgenstunden des 21. Juli postulierte er, dass »eine ganz kleine Clique ehrgeiziger, gewissenloser und zugleich verbrecherischer dummer Offiziere« ein Komplott zu seiner Beseitigung geschmiedet habe. Um dieses Bild weiter zu festigen, wurden in den folgenden Tagen konkrete Vorgaben zur Bezeichnung der Beteiligten des 20. Juli als »kleine Clique« an sämtliche Dienststellen des Reichssicherheitshauptamts sowie an die Gauleitungen verschickt.

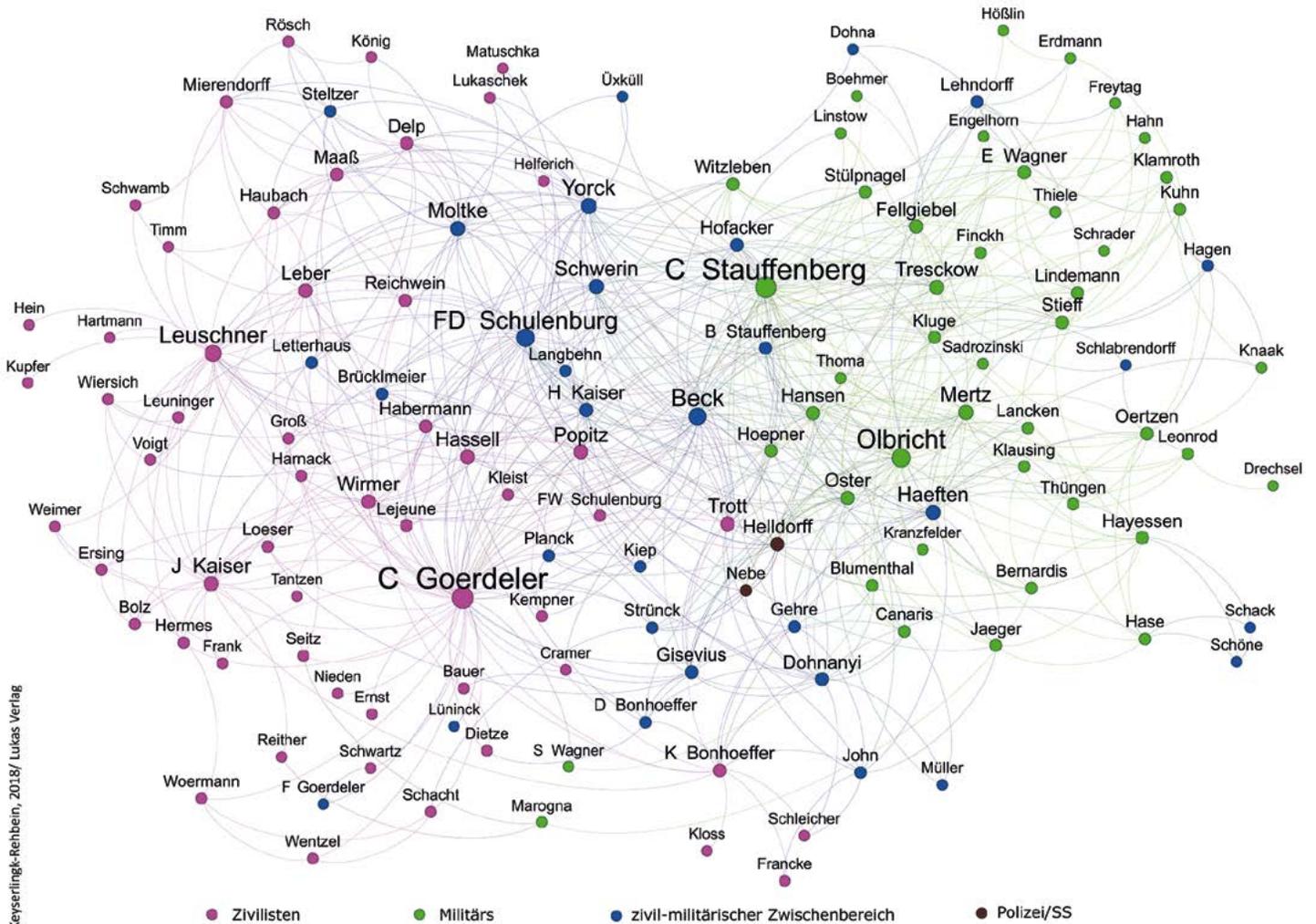
Bis zum Kriegsende orientierte sich die NS-Propaganda an dieser Darstellung. Sie wiederholte gebetsmühlenartig, dass nur eine ganz kleine, vornehmlich militärische »Clique« mit reaktionären Zielen den Umsturzver-

such getragen habe. Tatsächlich war den Gestapo-Beamten jedoch schon nach wenigen Wochen klar geworden, dass die Beteiligten in Wirklichkeit Teil eines großen komplexen zivil-militärischen Beziehungsgeflechts gewesen waren.

Das Netzwerk des 20. Juli

Erkennbar wird dies in der Grafik, die auf der Auswertung von NS-Quellen wie Ermittlungsberichten, Urteilen und Prozessberichten beruht (siehe nächste Seite). Dort sind jene 132 Personen als sogenannte Knoten in einem komplexen Netzwerk zu sehen, die aus Sicht der Gestapo und der Richter am Volksgerichtshof in die Umsturzpläne eingeweiht gewesen waren und sich aktiv am Umsturzversuch beteiligt hatten.

Schnell zeigte sich, dass neben den Soldaten auch zivile Berufsgruppen involviert gewesen waren, wie Diplomaten, Beamte, Juristen, Gewerkschafter, Unternehmer, Gutsbesitzer, Wissenschaftler und Kirchenvertreter. Bekannt war zudem, dass das politische Spektrum der Beteiligten von konservativ über liberal bis sozialdemokratisch reichte. Die 650 ermittelten Kontakte zwischen den in der Grafik enthaltenen 132 Akteuren zeigen darüber hinaus, wie eng verwoben diese unterschiedlichen Gruppen miteinander waren. Schon ein flüchtiger Blick auf die Netzwerkgrafik zeigt daher deutlich den Widerspruch zwischen dem Wissen der nationalsozialistischen Ermittler einerseits und der Propaganda des NS-Regimes andererseits.



Das Netzwerk vom 20. Juli 1944 aus Sicht des NS-Regimes

© Linda v. Keyserlingk-Rehnbein, 2018/ Lukas Verlag

650 Kontakte zwischen 132 Akteuren. Wie die Grafik zu lesen ist

Die Farbe der Knoten gibt die Zugehörigkeit der jeweiligen Akteure zum zivilen (pink) oder militärischen (grün) Umfeld beziehungsweise zur Polizei oder Schutzstaffel (SS) (braun) an. Zu den zivil-militärischen Grenzgängern (blau) zählen Reserveoffiziere sowie Zivilisten, die mit Kriegsbeginn zum Wehrdienst eingezogen worden sind. Ebenso gehören zu dieser Gruppe aus dem aktiven Dienst ausgeschiedene Berufssoldaten, wie Generaloberst a.D. Ludwig Beck.

Die Farbe der Verbindungslinien ergibt sich aus den Farben der Knoten, die durch sie verbunden sind.

Die Größe der Knoten ist abhängig von der jeweiligen Anzahl der vorhandenen Kontakte zu anderen Akteuren. Je größer der Knoten, desto mehr Kontakte bestehen gemäß NS-Quellen zu anderen Akteuren im Netzwerk.

Die Position der Knoten ergibt sich aus den Kontakten der jeweiligen Akteure zu anderen Akteuren im Netzwerk. Damit werden untereinander stärker vernetzte Teilbereiche des Netzwerks erkennbar.

Die brutale Verfolgung der Beteiligten des Umsturzversuchs und ihrer Familien zog sich über Wochen und Monate hin und sollte erst mit Kriegsende, im Mai 1945, ein Ende finden. Um die Behauptung, es habe sich bei den Beteiligten des »20. Juli« nur um eine »kleine Clique« gehandelt, nicht zu konterkarieren, durfte über die Prozesse vor dem Volksgerichtshof bereits nach wenigen Wochen nicht mehr öffentlich berichtet werden. Die meisten der insgesamt mehr als 80 bekannten Verfahren, in denen über 150 Personen im Zusammenhang mit dem »20. Juli« angeklagt wurden, fanden statt, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfuhr.

Die Geschichtswissenschaften haben bereits gezeigt, dass die Gestapo trotz umfangreicher Ermittlungen und zahlloser Verhöre, die nicht selten unter Anwendung von Folter erfolgten, keineswegs alle Beteiligten des Umsturzversuches ausfindig machen konnte. Wie groß das Netzwerk des 20. Juli 1944 tatsächlich gewesen ist, lässt sich jedoch nicht mehr vollständig rekonstruieren, da die Quellenlage schwierig ist. Die Beteiligten hatten in der Regel aus Sicherheitsgründen darauf verzichtet, ihre konspirativen Kontakte zu dokumentieren beziehungsweise vernichteten relevante Unterlagen im Sommer 1944, damit sie nicht der Gestapo in die Hände fallen konnten. Die Forschung geht heute von über 200 Personen aus, die sich aktiv am Umsturzversuch beteiligten. Die Zahl der Mitwisser und Unterstützer, die wussten, dass eine Aktion gegen die Regime-Spitze geplant war, ohne nähere Informationen darüber zu haben und ohne selbst aktiv beteiligt zu sein, liegt noch deutlich über dieser Zahl.

Was in der Graphik zu sehen ist

In der Graphik ist eine deutliche Zweiteilung des insgesamt recht dichten Netzwerks in einen zivilen und einen militärischen Bereich zu erkennen. Zugleich werden viele Querverbindungen zwischen diesen beiden Teilen des Netzwerks sichtbar. Im Ermittlungsbericht vom 9. August 1944 ist von »einem insgesamt doch recht engen und raffinierten Zusammenspiel« der Beteiligten die

Rede. Zudem wurde festgestellt, dass »der militärische Kreis um Stauffenberg und der zivile Kreis um Goerdeler« nicht

»Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen.«

Regierungserklärung nach dem geplanten Sturz des NS-Regimes, Entwurf von Ludwig Beck und Carl Goerdeler, Sommer 1944

scharf voneinander zu trennen seien. Vielmehr konstatierte man: »[...] die Beziehungen liefen vielfach ineinander. Alle wesentlichen Personen kannten sich, und beispielsweise haben sich sowohl Goerdeler als auch Stauffenberg gewisser Verbindungen gemeinsam bedient.« Diese Beobachtung der Gestapo-Beamten traf tatsächlich zu.

Als zentrale Akteure heben sich im militärischen Bereich der Netzwerkgrafik vor allem Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg und General der Infanterie Friedrich Olbricht ab. Letzterer hatte als Chef des Allgemeinen Heeresamtes in Berlin federführend an der Überarbeitung der »Walküre«-Befehle für den geplanten Staatsstreich gearbeitet und schließlich auch Stauffenberg als engen Mitarbeiter in die Umsturzplanung mit eingebunden. Im zivilen Bereich war Carl Goerdeler ein zentraler Akteur im konservativen Umfeld. Der prominente frühere Oberbürgermeister von Leipzig galt zusammen mit Generaloberst a.D. Ludwig Beck als »geistiger Drahtzieher« des Umsturzversuchs. Der frühere hessische Innenminister und Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner bildete nach Kenntnis der Ermittler ein Zentrum im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bereich des Netzwerks. Auch Jakob Kaiser, prominenter Vertreter der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften, gehörte zu den gut vernetzten Akteuren. Im oberen linken Teil der Netzwerkgrafik sind die Mitglieder des Kreisauer Kreises um Helmut James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg als Teilgruppe des Gesamtnetzwerks zu erkennen.

Was die Gestapo nicht wusste

Nach unzähligen Verhören und monatelanger Ermittlungsarbeit hatten die Gestapo-Beamten schließlich umfangreiche Kenntnisse über das große und

Wilhelm Leuschner

Geburtsdatum und -ort: 15. Juni 1890, Bayreuth

Beruf: Holzbildhauer, 1928–1933 hessischer Innenminister (SPD), seit 1936 Fabrikant
Im Widerstand aktiv ab: NS-Gegner seit 1933, an Umsturzplänen beteiligt seit 1938/39
Gruppenzugehörigkeit: Gewerkschaften/Sozialdemokraten (zivil)

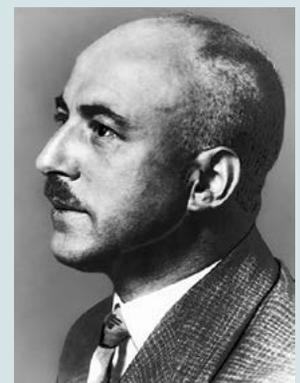
Art des Widerstandes: Handelnder

Verhaftung: 16. August 1944

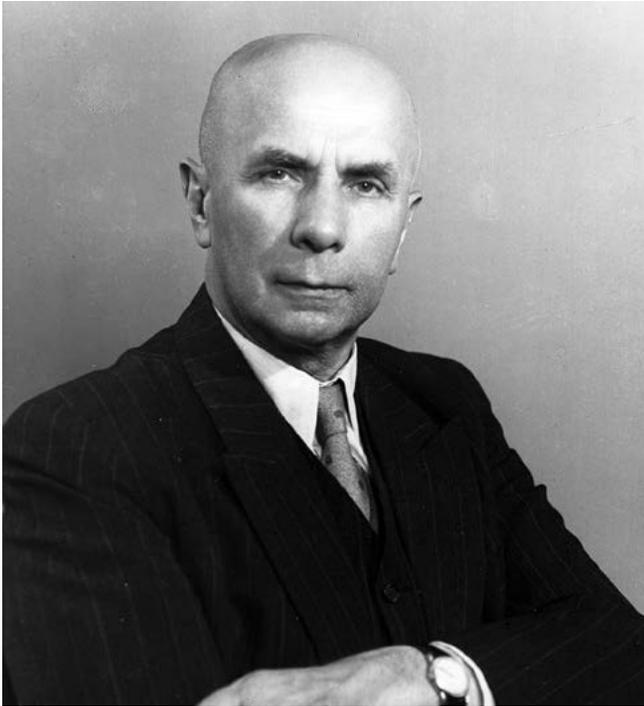
Verurteilung: 8. September 1944

Todesdatum und -ort: 29. September 1944, Berlin-Plötzensee (Hinrichtung)

Vorgesehene Aufgabe nach gelungenem Staatsstreich: Vizekanzler, auch als mögliches Staatsoberhaupt oder Reichskanzler im Gespräch



akg images



Zwei von vielen: Durch die Hilfe seiner späteren Ehefrau, Elfriede Nebgen, konnte Jakob Kaiser sich nach dem Attentat vom 20. Juli bis Kriegsende verstecken. Beide sind Mitbegründer der CDU in Berlin.

komplexe zivil-militärische Beziehungsgeflecht hinter dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 gewinnen können. Dennoch war es ihnen nicht gelungen, alle Informationen über das Netzwerk herauszufinden. Die Beteiligten hatten es während der Verhöre vermocht, wichtige Informationen zu verbergen, um weitere Personen zu schützen. Bei der Betrachtung der Netzwerkgrafik geht es somit auch darum, zu erkennen, was nicht zu sehen ist (da es in den NS-Quellen nicht dokumentiert ist).

Auffällig ist beispielsweise, dass in der Grafik nur verhältnismäßig wenige Kontakte für Generalmajor Henning von Tresckow und Generalmajor Hans Oster zu erkennen sind, obwohl beide nach heutigem Wissen eine zentrale Rolle bei der Umsturzvorbereitung gespielt und über zahlreiche Verbindungen zu Mitverschwörern verfügt hatten. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Gestapo verhältnismäßig wenig über das Wirken dieser beiden Akteure herausfinden konnte. Die Gründe für diese Diskrepanz können hier nicht ausführlich dar-

gelegt werden. Angemerkt sei jedoch, dass der Suizid Tresckows kurz nach dem Scheitern des Umsturzversuches dazu führte, dass er von der Gestapo nicht mehr verhört werden konnte. Da sein engster Vertrauter, Oberleutnant d.R. Fabian von Schlabrendorff, trotz Folter während der Verhöre zahlreiche Namen von Mitbeteiligten im Stab der Heeresgruppe Mitte verschweigen konnte, blieben auch viele Kontakte Tresckows unentdeckt. Das konspirative Teilnetzwerk innerhalb des Stabes der Heeresgruppe Mitte ist daher in der Netzwerkgrafik nicht zu sehen.

In Bezug auf Generalmajor Hans Oster, dem ehemaligen Leiter der Zentralabteilung des Amtes Ausland/Abwehr, lässt sich festhalten, dass die Erkenntnisse der Gestapo über die frühen Umsturzvorbereitungen von 1938/39 lange diffus blieben. Nach dem Auffinden entsprechender Aktenstücke kurz vor Kriegsende wurden ehemalige Angehörige der »Abwehr«, dem militärischen Nachrichtendienst, ohne Prozess vor dem Volksgerichtshof in Konzentrationslagern er-

mordet. Prozessunterlagen sind somit nicht überliefert. Dass die Gestapo Osters zentrale Rolle beim Aufbau eines konspirativen Netzes lange nicht erkannt hatte, obwohl mit Hans von Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer zwei seiner engsten Vertrauten bereits seit April 1943 in Haft saßen, ist nicht zuletzt auch ein Hinweis auf das ausgesprochen geschickte Agieren der Betroffenen während der Verhöre.

Ebenso bemerkenswert ist, dass sich unter den 132 Personen, die vom NS-Regime als Beteiligte eingestuft worden sind, keine einzige Frau befindet. Damit wird eine weitere Fehleinschätzung des NS-Regimes über die Beteiligten des 20. Juli 1944 deutlich. Frauen waren nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gezielt aus beruflichen Bereichen ausgegrenzt worden, da die NS-Ideologie für sie vor allem die Rolle als Hausfrau und Mutter vorsah. Politische, juristische und diplomatische Karrieren blieben ihnen in der Regel ebenso verschlossen wie die militärische Laufbahn. Damit bekleideten sie auch keine

Ämter und Schlüsselpositionen, die für einen Staatsstreich von zentraler Bedeutung gewesen wären. Dennoch übernahmen mehrere Frauen wichtige Aufgaben und Funktionen im Widerstand.

So wirkten beispielsweise Elfriede Nebgen und Käthe Kern aktiv bei konspirativen Treffen im gewerkschaftlichen Umfeld von Jakob Kaiser beziehungsweise Wilhelm Leuschner mit. Andere Frauen tippten Umsturzbefehle ab (un-

auf Hitler erfahren hatte. Einen anderen Bezug zum 20. Juli hatte er nicht. Die nationalsozialistische Urteilspraxis in Hinblick auf weibliche und männliche Beteiligte des Umsturzversuches ist auffallend ungleich. Es ist denkbar, dass einige beteiligte Frauen nach ihrer Verhaftung bewusst und erfolgreich das Bild einer ahnungslosen und unpolitischen Frau vermittelten und damit geschickt das NS-Geschlechterrollenbild zu ihrem Schutz zu nutzen wussten.

Das Attentat war kein Selbstzweck

Die NS-Darstellung, es habe sich bei den Beteiligten des 20. Juli 1944 vor allem um eine »kleine Clique« reaktionärer Militärs gehandelt, prägt die Rezeption des Ereignisses mitunter bis heute. Immer wieder ist zu vernehmen, es habe sich bei den Beteiligten vor allem um undemokratische, reaktionäre Kreise gehandelt, die in unprofessioneller Weise viel zu spät versucht hätten, das NS-Regime zu stürzen. Jakob Kaiser, der sich bereits in den 1930er Jahren offen gegen das NS-Regime gestellt und sich nach seiner Haft 1938 aktiv an den zivilmilitärischen Umsturzvorbereitungen beteiligte hatte, konnte im Sommer 1944 untertauchen und schrieb in den 1950er Jahren über diese abwertende Beurteilung:

»Der eine deutete den 20. Juli als den Versuch der Militärs, sich in letzter Minute vor dem Zusammenbruch noch aus der Affäre des verlorenen Krieges zu ziehen. Der andere nannte ihn eine Angelegenheit von Reaktionären, wieder andere einen Versuch von Dilettanten. Diese Urteile kamen allerdings weder aus wissender noch aus unvoreingenommener Feder.«

Das Attentat von Oberst i.G. von Stauffenberg auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 war kein Selbstzweck. Vielmehr galt es als notwendige Initialzündung für einen von langer Hand geplanten Sturz des NS-Regimes. Sollten der Umsturzversuch und der Aufbau eines Rechtsstaates eine Chance auf Erfolg haben, war die Einbindung von Personen aus verschiedensten Umfeldern erforderlich, die je

nach ihren Handlungsspielräumen unterschiedliche Aufgaben und Funktionen in der Umsturzplanung übernahmen. Während einige aufgrund ihrer militärischen Dienststellung Truppen für den Umsturz bereitstellen konnten, schrieben andere die Umsturzpläne, beschafften Sprengstoff, stellten sich selbst als Attentäter oder als Unterstützer am »Tag X« zur Verfügung. Weitere Personen konnten aufgrund ihrer zivilen Profession Verbündete im Ausland finden, um einen möglichen baldigen Frieden auszuhandeln. Bekannte Politiker aus der Zeit der Weimarer Republik konnten sich um einen möglichst breiten Rückhalt in der Bevölkerung bemühen. Für die Entwicklung von Aufbauplänen für die Zeit nach dem Staatsstreich bedurfte es fachlicher Expertise aus Wirtschaft, Verwaltung, Kirche und Wissenschaft.

Festzuhalten bleibt, dass das Netzwerk des 20. Juli 1944 größer war, als das NS-Regime wider besseres Wissen behauptete. Die Zuschreibung einer »kleinen Clique« von vornehmlich reaktionären Militärs ist falsch, denn das Netzwerk der Beteiligten war umfangreich und komplex. Im Vergleich zur deutschen Gesamtbevölkerung waren die Beteiligten des 20. Juli 1944 jedoch nur eine ausgesprochen kleine Minderheit. Sie hofften zwar, die Bevölkerung nach einem Umsturz für sich gewinnen zu können, doch sahen sie angesichts des immer noch starken Rückhalts des NS-Regimes in großen Teilen der Bevölkerung auch die Gefahr eines Bürgerkriegs.

Dr. Linda von Keyserlingk-Rehbein ist wiss. Mitarbeiterin der Universität Passau am Lehrstuhl für Digital Humanities im Kontext Diktaturerfahrungen, Resistenz und Widerstand.

Literaturtipps

Linda von Keyserlingk-Rehbein, Nur eine »ganz kleine Clique«? Die NS-Ermittlungen über das Netzwerk vom 20. Juli 1944, 2.Aufl., Berlin 2019.
Winfried Heinemann, Unternehmen »Walküre«. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, München 2019.

»Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wiederhergestellt.«

Regierungserklärung nach dem geplanten Sturz des NS-Regimes, Entwurf von Ludwig Beck und Carl Goerdeler, Sommer 1944

ter anderen Margarethe von Oven), übernahmen wichtige Botengänge, vermittelten vertrauensvolle Kontakte oder gaben den beteiligten Ehemännern als langjährige Vertraute Bestätigung und Kraft für die Tätigkeit im Widerstand (zum Beispiel Freya von Moltke oder Annedore Leber). Jedoch ist keine Frau für ihre Beteiligung oder Mitwisserschaft am Umsturzversuch verurteilt und hingerichtet worden. Männer hingegen wurden vor dem Volksgerichtshof durchaus schon aufgrund einer kurzfristigen Mitwisserschaft zum Tode verurteilt. So erhielt beispielsweise Pfarrer Hermann Wehrle die Todesstrafe, weil er sein Beichtgeheimnis nicht gebrochen hatte, nachdem er während einer Beichte von einem geplanten Attentat

Niels Schröder



Weißt du, wo ich vorhin nach Dienstschluss noch gewesen bin?



In der Rosenkranz-Basilika in der Kieler Straße.
Es war Abendandacht. Es gibt dort ein Votivbild der
Rosenkranz-Madonna mit dem heiligen Dominikus. Es trägt die Inschrift:
„Accipe Sanctum Gladium A Deo.“



„Empfange dieses
heilige Schwert
von Gott!“



Seit Sommer 1942 bin ich nun
entschlossen, gegen Hitler vorzugehen.
Ich bin mit mir ganz im Reinen.

Artikel 1

1849 – 1919 – 1949

Der lange Weg zu einer stabilen demokratischen Ordnung

Zweimal scheiterte in der deutschen Geschichte der Versuch, eine demokratische Verfassung zu etablieren. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelang ein Neuanfang. Als Lehre aus den NS-Verbrechen war der Grundsatz »die Würde des Menschen ist unantastbar« nun Prämisse jeglicher Staatsgewalt.

Von Michael Epkenhans

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unveräußerlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege als unmittelbar geltendes Recht.

»Grundgesetz 49«: die Installation des israelischen Künstlers Dani Karavan mit den 19 Grundrechtsartikel des Grundgesetzes vor dem Jakob-Kaiser-Haus im Berliner Regierungsviertel.

Am 31. Juli 1849 starb der 26-jährige Potsdamer Maximilian Dortu im Kugelhagel eines Erschießungspeletons preußischer Soldaten auf einem Freiburger Friedhof. Obwohl ein Trommelwirbel seine letzten Worte übertönen sollte, waren diese doch noch zu hören: »Ich sterbe für die Freiheit. Brüder, zielt gut.« Dortu, Rechtsreferendar und Unteroffizier der Landwehr, war einer der Letzten, die nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 sterben mussten. Im Frühjahr 1849 hatte er sich jenen angeschlossen, die nach der Auflösung der Nationalversammlung bereit waren, für die Ziele der Revolution und die in deren Verlauf verabschiedete Reichsverfassung zu kämpfen. Vergeblich: Unter Führung von Prinz Wilhelm, dem »Kartätschenprinz« – so Dortu –, verfolgten preußische Soldaten die letzten Kämpfer für Freiheit und Einheit. Viele fielen Standgerichten zum Opfer. Wer konnte,

floh ins Ausland, um der Hinrichtung oder langer Haft zu entgehen. Zehntausende folgten ihnen innerhalb weniger Monaten aus politischen, aber auch aus sozialen Gründen.

Demokratie als Grundlage

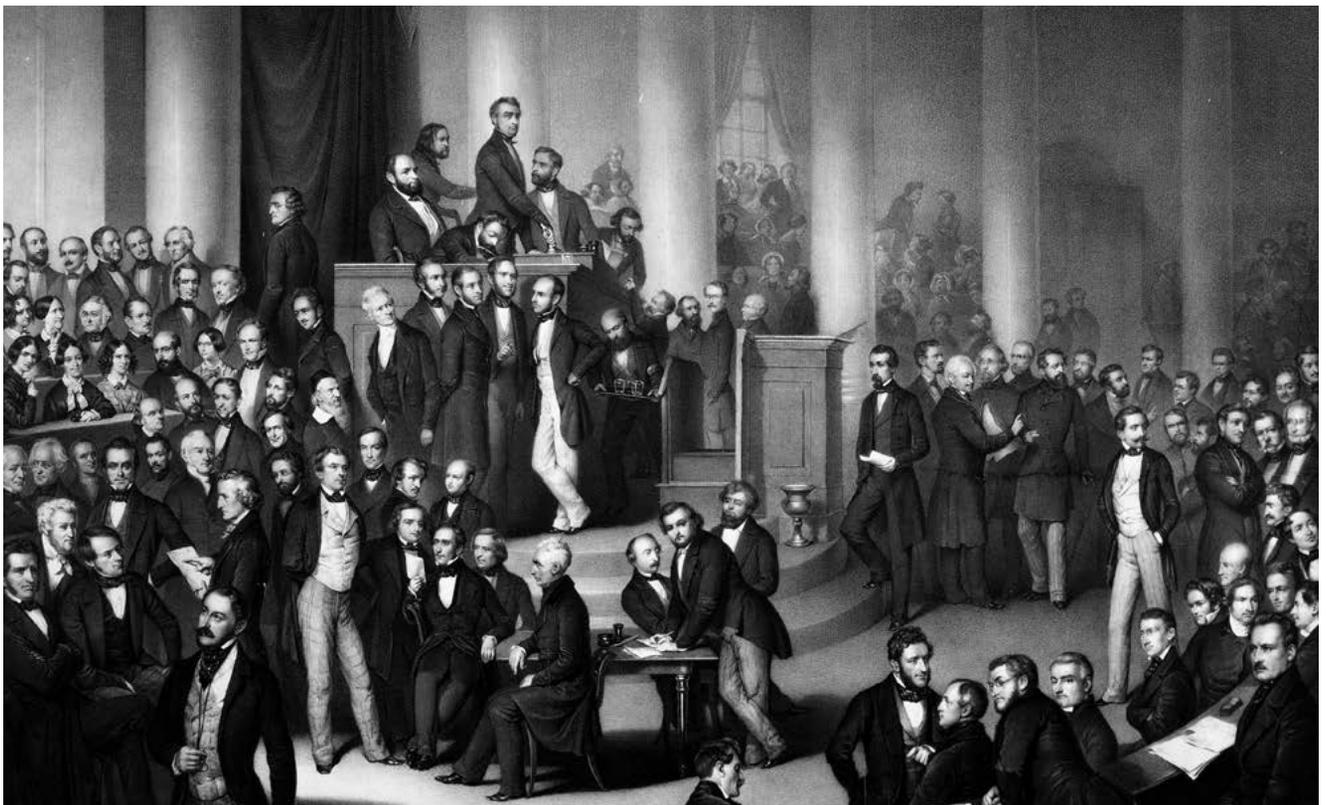
»Die Verfassung, die wir haben [...] heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.« Mit diesen wenigen Worten, die sich an die berühmte »Gefallenenrede« von Perikles im Winter 431/430 v.Chr. anlehnten, begründete der Europäische Verfassungskonvent 2003/4 in der Präambel der vorgeschlagenen »Europäischen Verfassung« ein Ordnungsmodell, das sich in Europa nach vielen Revolutionen erfolgreich durchgesetzt hatte und das viele Menschen in bisher von diktatorischen Regimen regierten Teilen der Welt – in Moskau und in Beijing, in Lima, Preto-

ria und Kinshasa – nach dem Ende des Kalten Krieges (zunächst) als vorbildlich ansahen. Diese Verfassung kam zwar nicht zustande, sondern wurde durch den Vertrag von Lissabon ersetzt. Die Idee der Demokratie als Grundlage staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen und Normen verlor dadurch aber keineswegs an Überzeugungskraft.

Das Gegenmodell von Demokratie ist die Tyrannis, die einst die Athener im antiken Griechenland mühsam abgeschüttelt hatten, oder, als neuzeitlicher Typus, die Herrschaft absoluter Monarchen, die sich nach Überwindung ständischer Ordnungsmodelle keinen weltlichen Gesetzen unterworfen fühlten: »L'État, c'est moi« – »Der Staat bin ich«, soll der französische »Sonnenkönig« Ludwig XIV. gesagt haben.

Die Vertreter der Aufklärung von John Locke und Jean-Jacques Rousseau über Charles de Montesquieu bis hin zu Immanuel Kant stellten diese sakral legiti-

bpk / Deutsches Historisches Museum / Sebastian Ahlers



Versammelt, um eine Verfassung für den deutschen Gesamtstaat zu schaffen: »Die deutsche National-Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt am Main«, Kreidelithografie von Paul Bürde (1819–1874), nach 1848.



akg-images

»Die Grundrechte des deutschen Volkes«, 27. Dezember 1848: Gesetzestext in allegorischer Rahmung mit der Personifikation der Germania zwischen der Freiheit und der Gleichheit.

zember 1848, im Vorfeld der abschließenden Beratungen über die Reichsverfassung, verabschiedeten sie ein Reichsgesetz über »die Grundrechte des Deutschen Volkes«. Dieses garantierte, erstmals in der deutschen Geschichte, allen Deutschen Menschen- und Bürgerrechte: die Gleichheit vor dem Gesetz, klassische liberale Freiheitsrechte wie Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Freiheit von Forschung, Lehre sowie des Gewissens und der Religion, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Die Aufsicht über die Schulen hatte fortan allein der Staat, zu dessen Pflichten deren Errichtung, Aufsicht und die Bezahlung von Lehrern gehörte. Bemerkenswert war auch die Abschaffung entehrender Strafen, vor allem aber der Todesstrafe.

Grundrechtskatalog

Der Grundrechtskatalog garantierte nach den vielen Jahren der Unterdrückung und richterlicher Willkür ausdrücklich auch die Unabhängigkeit der Justiz und die Abschaffung feudaler Rechte wie die Erbuntertänigkeit oder die gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Die am 28. März 1849 verkündete Reichsverfassung enthielt weitere wegweisende demokratische Bestimmungen. So war das Wahlrecht für damalige Verhältnisse vorbildlich: Obwohl viele Liberale dieses, zeitgenössischen Vorstellungen folgend, an Besitz knüpfen wollten, gewährte die Verfassung allen Männern über 25 Jahren das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Vertreterinnen von Frauenverbänden hatten sich mit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung jedoch kein Gehör verschaffen können.

Fortschrittlich waren auch die Rechte der Abgeordneten: Sie hatten ein freies Mandat, erhielten Diäten und waren durch Immunität vor Verhaftung, Verfolgung oder Disziplinierung geschützt.

Dass die Verfassung »nur« einen kleindeutschen Nationalstaat in der Form eines Bundesstaats mit einer Erbmonarchie unter preußischer Führung schuf, entsprach nicht nur dem Zeitgeist, sondern war auch das Ergebnis der realen

mierte Form von Herrschaft wie auch noch vorhandene ständische Ordnungen unter Berufung auf das Naturrecht radikal infrage. Jeder Mensch und jede Gemeinschaft sei nur den Gesetzen unterworfen, die sie sich selbst auferlegt habe. Jeder Mensch habe zudem angeborene, unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte, die, in einem Grundrechtskatalog festgehalten, »Maßstab und Richtschnur für politisches Handeln und gesellschaftliches Zusammenleben zu sein hätten« (Manfred Botzenhart). Dementsprechend konnte nur das Prinzip der Volkssouveränität Quelle jeglicher Staatsgewalt sein.

Die US-amerikanische Verfassung von 1787/89 orientierte sich an diesen Grundgedanken und wurde so mit ihrer Begründung – »We, the people« – und der sorgsam Errichtung eines Systems

von »Checks and Balances« zum Vorbild vieler nachfolgender Konstitutionen.

Die Paulskirchenverfassung

Erst die Revolution vom März 1848 bahnte nach mehreren vergeblichen Versuchen und Jahrzehnten der Unterdrückung im Zeichen der »Restauration« nach 1815 auch in Deutschland den Weg zu Freiheit und Einheit – so schien es zumindest: Am 18. Mai 1848 zogen 585 frei gewählte Abgeordnete feierlich in die Paulskirche in Frankfurt am Main ein. Bereits am 24. Mai setzten sie einen Verfassungsausschuss ein.

Die Euphorie, mit der die Abgeordneten bereits in den ersten Tagen über die Grundrechte berieten, zeigt den Willen, der neuen Ordnung einen demokratischen Grundzug zu geben. Am 21. De-

Lage. Eine Republik hatten in einer Zeit, in der die monarchische Staatsform die Regel und ein überlieferter Teil der Lebenswelt der Menschen war, nur wenige gefordert.

Die Reichsverfassung entsprach dem Modell der konstitutionellen Monarchie: Regierung, Parlament und Gerichtsbarkeit waren voneinander getrennt. An der Spitze stand der »Kaiser der Deutschen«, so der offizielle Titel. Revolutionär war, dass dieser, dem Prinzip der Volkssouveränität folgend, einen

»Aus philosophischen Forderungen waren Rechtssätze geworden, auf deren Verbindlichkeit sich jeder Bürger berufen konnten.«

Hans Hattenhauer

Eid auf die Verfassung zu leisten hatte. Das Zeitalter der überlieferten, sakralen Form der Begründung von Herrschaft, das Gottesgnadentum, das Monarchen eine unanfechtbare Stellung verliehen hatte, war damit vorbei. Soldaten legten künftig einen Eid auf den an die Verfassung gebundenen Kaiser und die Verfassung, Beamte *nur* auf diese ab. Dies sollte Gewissens- und Loyalitätskonflikte bereits im Ansatz verhindern.

Gewaltenteilung

Der Reichsgewalt, so die offizielle Bezeichnung, mit klassischen Befugnissen im Innern und nach Außen, in Wirtschafts- und Finanzfragen sowie der Verfügungsgewalt über das Militär, stand ein aus zwei Häusern – Staatenhaus und Volkshaus – bestehender Reichstag gegenüber. Das Staatenhaus, in dem nicht nur Vertreter der Regierungen, sondern

auch gewählte Abgeordnete aus den Ländern saßen, spiegelte die föderativen Traditionen des Reiches, das Volkshaus den Willen zu einer umfassenden Repräsentation des Volkes wider.

Mit seinen Befugnissen bei der Gesetzgebung, insbesondere einem umfassenden Budgetrecht, sowie bei der Kontrolle der Regierung war der Reichstag ein starkes Gegengewicht zur Regierung. Die bereits vorhandenen beziehungsweise noch geplanten Bestimmungen zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Beschwerden gegen und Anklage von Ministern machten den Übergang vom konstitutionellen zum parlamentarischen System nach englischem Vorbild zu einer Frage der Zeit. Der Kaiser und seine Regierung verfügten zwar über ein suspensives Veto. Ein Notverordnungsrecht, das der Regierung in außerordentlichen Fällen erlaubt hätte, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, gewährten die Abgeordneten dem »Kaiser« nicht. Damit wollten sie allen Staatsstreichüberlegungen von vornherein den Boden entziehen.

Das Reichsgericht schließlich, die dritte Gewalt, entschied bei Verfassungsstreitigkeiten; es war zuständig im Falle von Ministeranklagen, Hoch- und Landesverrat sowie Klagen gegen den Reichsfiskus.

Das Bestreben der Parlamentarier, monarchischen Staat auf der einen, Volkssouveränität, Liberalismus und Demokratie auf der anderen Seite in Einklang zu bringen, scheiterte jedoch bereits wenige Tage nach Verkündung der Verfassung. Am 3. April 1849 empfing der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zwar die Deputation der Nationalversammlung, die ihm die Kaiserkrone anbot. Der Empfang war höflich, intern machte er aber klar, dass er als »legitimer König von Gottes Gnaden« gar nicht die Absicht hatte, den mit dem »Ludergeschrei der Revolution von 1848« behafteten »imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken«, anzunehmen. Gestützt auf die monarchischen Armeen nahm die Gegenrevolution ihren Lauf.

Die Reichseinigung von oben in den drei Einigungskriegen zwischen 1864-

1871 verwirklichte den Traum der Liberalen nach der Einheit. Obwohl das Bismarck'sche Reich ein Verfassungs- und Rechtsstaat war, war dieses bis zuletzt trotz mancher Fortschritte ein Obrigkeitsstaat. Im Zeichen von Niederlage und Revolution 1918 brach dieser zusammen. Die Reichsleitung und die sie tragenden Eliten hatten sich als nicht reformfähig und reformwillig erwiesen.

1919 – Ein Neuanfang

Die Revolutionäre, die 1918 die Kronen hinwegfegten, hatten nun die Aufgabe, der neuen Ordnung eine Verfassung zu geben. So wie 1848 sollte auch 1919 eine gewählte Nationalversammlung über diese beraten. Grundlage der Beratungen war ein von dem liberalen Staatsrechtler Hugo Preuß vorgelegter Entwurf.

Der Verfassungsentwurf lehnte sich an die Paulskirchenverfassung an. Preuß hielt sie für eine »ideale« Verfassung. Da er überzeugter Anhänger eines »echten« Parlamentarismus war, sollte nach ihm



Vater der Weimarer Verfassung: der liberale Staatsrechtler Hugo Preuß (1860–1925).

der Reichstag daher auch das wichtigste Organ sein. Allerdings fürchtete er die »Tyrannei« der Majorität. Ein starker, plebiszitär legitimierter Reichspräsident erschien ihm in einem ausgewogenen System der »Checks and Balances« als Gegengewicht unabdingbar.

Provisorische Regierung und Nationalversammlung übernahmen diesen Entwurf bis auf eine Ausnahme ohne Änderungen: Preuß' Vorschlag, die Länder, allen voran das dominierende Preußen, neu zu gliedern und damit die von »dynastischer Machtpolitik, Erbfolge und Zufälligkeiten bestimmten Strukturen der deutschen Staatenwelt« (Manfred Botzenhart) grundlegend zu ändern, fand selbst bei überzeugten Revolutionären keine Zustimmung. Sie fühlten sich zwar als Deutsche, aber zugleich auch als Preußen, Bayern oder Sachsen.

Reichstag und Reichspräsident wurden die wichtigsten Organe. Der Reichspräsident, vom Volk auf sieben Jahre direkt gewählt, ernannte und entließ die Reichsregierung, die ihrerseits eine Mehrheit im Reichstag benötigte. Mit einer Zweidrittelmehrheit konnte dieser auch den Reichspräsidenten vor dem

Staatsgerichtshof anklagen oder mit Hilfe eines Volksentscheides absetzen.

Diese Sicherungen sollten verhindern, dass der Reichspräsident seine sehr weitgehenden Rechte – Oberbefehl über die Streitkräfte, Auflösung des Reichstags oder Erklärung des Notstands bei gleichzeitiger Einschränkung von Grundrechten – missbrauchte.

Der Reichspräsident als Risiko

Preuß' Hoffnung, so ein ausbalanciertes System zu schaffen, drohte jedoch dann zu scheitern, wenn der Reichspräsident seine Machtfülle missbrauchte, um die Verfassung zu untergraben und es im Reichstag keine Mehrheit gab, die ihm widersprach. Der Notverordnungsartikel erwies sich als Hebel zur Zerstörung der Republik. Diejenigen, die bereits 1919 davon abrieten, einem »Ersatzmonarchen« dieses für die Republik im Zweifel tödliche Schwert in die Hand zu geben, fanden kein Gehör. Dass sich diese Warnungen ein Jahrzehnt später als zutreffend erweisen sollten, gehört zu den bitteren Ironien der deutschen Geschichte.

Über den Reichsrat wirkten die Länder an der Gesetzgebung mit. Ihre Stellung war jedoch schwächer als in der Bismarck'schen Verfassung, als der Bundesrat nicht nur föderatives Organ, sondern auch Teil der Exekutive war.

Jenseits dieser »klassischen« Konstruktions-elemente enthielt die Verfassung viele Bestimmungen, die Lehren aus der Geschichte waren und zugleich Grundlagen für den Auf- und Ausbau eines demokratischen Staatswesens sein sollten:

Neu und im europäischen Maßstab revolutionär war die Verankerung des bereits während der Revolution eingeführten Frauenwahlrechts. Ebenfalls neu war das Verhältniswahlrecht. Dieses sollte, anders als das bisherige Mehrheitswahlrecht dies getan hatte, den wirklichen Willen der Wählerinnen und Wähler widerspiegeln. Die gleichzeitige Absenkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre war ebenfalls Ausdruck des Willens, den demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess durch die größtmögliche Beteiligung von Wählerinnen und Wählern zu verbreitern und zu vertiefen.

Ullstein bild - Circke



Revolutionär: Am 19. Januar 1919 durften bei den Wahlen zur Nationalversammlung erstmals auch Frauen wählen und gewählt werden. Dies führte zu einem großen Andrang wie hier vor einem Berliner Wahllokal.

Ein Schauspiel der Demokratie: Friedrich Ebert am Rednerpult während der Eröffnungssitzung der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater zu Weimar am 6. Februar 1919.



akg images

Konsequent und ebenfalls neu war, dass die Verfassung alle Länder verpflichtete, »freistaatliche« Verfassungen mit parlamentarischem System und einer Volksvertretung einzuführen, die nach den Bestimmungen des Reichstagswahlrecht gewählt wurde. Dies sollte unterschiedliche, teils völlig rückständige Verfassungen und Wahlrechte verhindern, die, wie die preußische Verfassung mit ihrem Dreiklassenwahlrecht, Bollwerke gegen die Demokratie gewesen waren. Damit verschwanden auch alle ständischen oder großbürgerlich geprägten Ersten Kammern, die die gewählten Abgeordneten hatten in Schach halten sollen.

Sozialistische Erweiterung

So wie bereits die Paulskirchenverfassung, nicht aber die Bismarck'sche Reichsverfassung, enthielt die Weimarer Verfassung auch einen Grundrechtskatalog. Dieser ging über die Gewährung liberaler Freiheitsrechte jedoch weit hinaus. Auch Ehe und Familie, das Bildungswesen und die Religionsgemeinschaften standen nun unter dem Schutz des Staates. Ein Zugeständnis an die überlieferten Programme der sozia-

listischen Parteien und deren Forderungen während der Revolution waren die Artikel über das »Wirtschaftsleben«. Sie versprachen die »Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle«. Enteignungen auch ohne Entschädigung sowie die Vergesellschaftung von Unternehmen waren möglich. Die Verfassung gewährleistete ebenfalls die Rechte von Arbeitenden und Gewerkschaften sowie den Schutz des Mittelstandes in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Der Rätegedanke spiegelte sich in Artikel 165. Arbeiter und Angestellte sollten gleichberechtigt bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken und ihre Interessen in Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterräte vertreten können. Ein »Reichswirtschaftsrat« war bei der Vorbereitung von sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfen zu beteiligen. Mit diesem Artikel wollte die Reichsverfassung den Aufbau eines sozialistischen Staates ermöglichen, vorausgesetzt es gab dafür eine Mehrheit.

Ein Staatsgerichtshof entschied über Verfassungskonflikte in den Ländern. Vor ihm konnten aber auch Reichspräsident und Reichskanzler sowie einzelne

Minister wegen Verletzung der Verfassung angeklagt werden. Diese Sicherung funktionierte 1933 jedoch nicht.

Zerstörung der Demokratie

Nach Jahren der Präsidialkabinette, in denen Reichspräsident Paul von Hindenburg die ihm zustehenden Notstandsbefugnisse nicht zum Schutz, sondern zur Aushöhlung der Verfassung missbraucht hatte, übertrug dieser am 30. Januar dem endgültigen Zerstörer der Republik die Macht: Adolf Hitler. Hindenburg und die hinter ihm stehenden Kräfte, die eine andere Republik wollten, und nicht, wie früher und manchmal auch heute noch behauptet, die untereinander zerstrittenen Parteien, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise oder die unbestrittenen Auswirkungen des Versailler Vertrages waren maßgeblich für die Zerstörung der ersten deutschen Demokratie verantwortlich.

Erst der dritte Anlauf nach 1849 und 1919, der Demokratie und deren Werten in Deutschland dauerhaft zum Durchbruch zu verhelfen, war erfolgreich, wengleich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Was für den westlichen

Teil, die Bundesrepublik Deutschland, galt, blieb im östlichen, trotz des programmatischen Namens »Deutsche Demokratische Republik«, eine leere Hülse.

Das Grundgesetz von 1949

Im Gegensatz zu 1848/49 und 1919 war die neue demokratische Ordnung jedoch nicht das Ergebnis einer revolutionären Massenbewegung, sondern das Resultat von Entwicklungen am Ende eines verbrecherischen Krieges und des Willens der Alliierten, wenigstens den westlichen Teil Deutschlands zu einem Teil der europäischen und transatlantischen Wertegemeinschaft zu machen.

Zwischen September 1948 und dem symbolträchtigen 8. Mai 1949, dem vierten Jahrestag der Kapitulation, berieten die Angehörigen des Parlamentarischen Rates über das »Grundgesetz«. Dieser Begriff sollte die »deutsche Frage« offenhalten und dadurch eine Wiedervereinigung mit einer dann gesamtdeutschen Verfassung möglich machen. Das Ergebnis war auch im internationalen Vergleich ein großer Wurf: Nur so ist zu erklären, dass das Grundgesetz trotz vielfacher Herausforderungen im Innern und von außen bis heute im Kern unverändert geblieben ist. Der von der Mehrheit der DDR-Abgeordneten 1990 befür-

wortete Beitritt zum Grundgesetz verlief dann auch reibungslos.

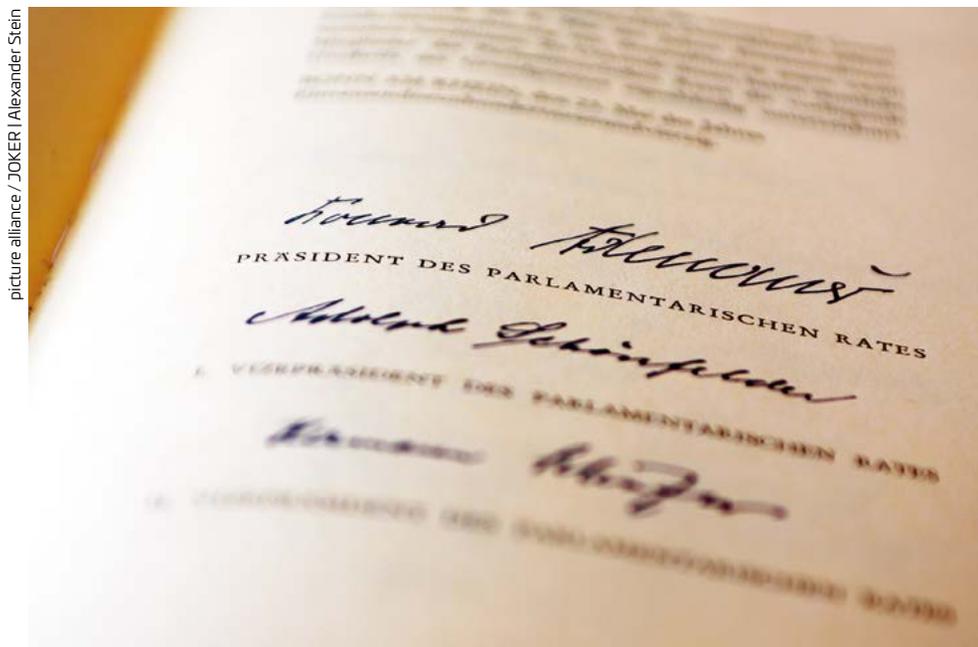
Verantwortlich für diese Erfolgsgeschichte ist vor allem der Wille, aus der Geschichte zu lernen. Dies zeigt bereits der knappe, aber programmatische Katalog der Grundrechte, der bewusst am Anfang steht. »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, heißt es in Artikel 1. Damit bekennt sich das Grundgesetz ausdrücklich zu den »unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt«, als Voraussetzung jedweder Staatsgewalt. Die weiteren Artikel garantieren nicht nur die klassischen Freiheitsrechte, sondern verbieten auch jede Form der Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft oder religiöser und politischer Anschauungen. Obwohl die Aufstellung neuer Streitkräfte noch in weiter Ferne lag, gewährte das Grundgesetz bereits jetzt aus den Erfahrungen eines verbrecherischen Krieges heraus allen das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Neu war zudem das Recht auf Asyl und die Abschaffung der Todesstrafe. Der Grundrechtskatalog enthielt zwar eine Garantie des Eigentums, erlaubte aber

zugleich auch die Überführung von »Grund und Boden, Naturschätze[n] und Produktionsmittel[n] zum Zwecke der Vergesellschaftung [...] in Gemeinigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft« ohne Entschädigung.

Lehren aus der Geschichte

Zu den Lehren aus der Weimarer Republik gehörte auch der Wille, bereits im Grundgesetz den Gedanken der »kämpferischen Demokratie« zu verankern. Wer Grundrechte »zum Kampfe gegen die freiheitliche Grundordnung« missbrauche, verwerke diese.

Damit einher ging die Möglichkeit des Verbots aller Vereinigungen gegen die verfassungsrechtliche Ordnung. Die Notstandsgesetzgebung von 1968 verankerte zusätzlich sogar ein Recht auf Widerstand gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen. In diesen Kontext gehört auch die Anerkennung von Parteien als wesentlicher Teil des politischen Willensbildungsprozesses, aber auch deren Verpflichtung auf Anerkennung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. »Weimarer Verhältnisse«, in denen Parteien aus dem Parlament heraus die bestehende Ordnung bekämpften, sollte es nie wieder geben (Artikel 21). Neu waren auch die Möglichkeit, durch



Sieg der Demokratie: Faksimile des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland von 1949, unterzeichnet von Konrad Adenauer (CDU), Präsident des Parlamentarischen Rates, und seinen Vizepräsidenten Adolph Schönfelder (SPD) und Hermann Schäfer (FDP).

»Die Würde des Menschen ist unantastbar«. Demonstration gegen Rechtsextremismus, Koblenz, 20. Januar 2024.



picture alliance/dpa | Thomas Frey

Gesetz Rechte an supranationale Organisationen zu übertragen (Artikel 24), die Tatsache, dass die »allgemeinen Regeln des Völkerrechts« unmittelbar geltende Rechte und Pflichten für alle Bewohner des Bundesgebietes begründeten (Artikel 25) sowie das historisch beispiellose Verbot aller »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten« (Artikel 26).

Eine weitere Lehre aus dem Schicksal der Weimarer Republik war Artikel 79, Absatz 3: »Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig«, heißt es darin.

Der Wille, aus Weimar zu lernen, hatte auch zur Folge, dass der Bundespräsident nur noch eine repräsentative Rolle hat. Das Zentrum der Macht ist der Bundestag, in dem die Mehrheit den Kanzler wählt. Dessen Sturz ist nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum möglich. Der Bundesrat ist stärker als der Reichsrat zu Weimarer Zeiten. Das Bundesverfassungsgericht achtet auf die Einhaltung der Verfassung.

Und die Verfassung des anderen 1949 gegründeten Teilstaats, der Deutschen Demokratischen Republik? Anspruch und Realität der Verfassung gingen weit auseinander. Fehlende Gewaltenteilung, die nur mühsam bemäntelte Diktatur der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED), ein bewusst nicht garantiertes »freies« Wahlrecht sowie der Bau der Mauer mit einhergehendem Befehl, auf alle zu schießen, die ihr Menschenrecht auf Freizügigkeit in Anspruch nehmen wollten, sind Beispiele für einen weiteren Irrweg in der deutschen Geschichte. 1989, 140 Jahre nach dem gescheiterten ersten Versuch, Deutschland zu einem freiheitlichen Nationalstaat zu machen, erhoben sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR und machten dieser Republik, die ihren »Beinamen« »Demokratisch« zu Unrecht trug, in einer friedlichen Revolution ein Ende.

Demokratie wertschätzen und verteidigen

Der deutsche Weg zu einer lebendigen und wirklichen Demokratie in den vergangenen 175 Jahren war voller Um- und Irrwege. Er kostete Millionen Menschen im Zuge von Raub- und Vernichtungskrieg das Leben. Im Zeichen eines neuen

Populismus, der skrupellos viele Errungenschaften und Grundwerte infrage stellt, gilt es mehr denn je, an das zu erinnern, was Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 75. Jahrestag der ersten Beratungen über das Grundgesetz vor wenigen Monaten allen Deutschen ins Stammbuch geschrieben hat: »Politisch müssen wir uns immer im Klaren sein: Unsere Verfassung verliert ihre Gültigkeit an dem Tag, an dem sie uns gleichgültig wird. Wir Bürgerinnen und Bürger leben und schützen, verwirklichen und entfalten sie. Wenn wir das tun, bleibt unsere Verfassung spürbar und stark, und unsere Demokratie wird leben.«

Prof. Dr. Michael Epkenhans war zwischen 2009 und 2021 Leitender Wissenschaftler des ZMSBw und von 2004 bis 2021 Professor (apl.) für Neue Geschichte an der Universität Hamburg.

Literaturtipps

Reinhold Zippelius, *Kleine deutsche Verfassungsgeschichte. Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart*, 7. Aufl., München 2006.
Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012.

»Ein Wort wie Eisen«? Fahneneid und Schwurverpflichtung im Militär

Von Sven Lange

Der Eid macht(e) den Soldaten

Der Fahneneid war ursprünglich untrennbar mit dem Kriegsrecht verbunden. Das Verlesen der Kriegsartikel – also die für den Militär- und Kriegsdienst geltenden Gesetze – und die anschließende Vereidigung bildeten eine Einheit. Mit ihrer Eidesleistung unterwarfen sich die angeworbenen Söldner dem Kriegsrecht, ein Rücktritt war nun nicht länger möglich. Die Vereidigung begründete als unverzichtbarer Rechtsakt den legitimen Status des Soldaten. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verlor der Fahneneid jedoch weitgehend seine rechtliche Funktion, dennoch enthielten bis zum Ersten Weltkrieg die verschiedenen Eidesformeln unverändert das Versprechen, die Kriegsartikel zu befolgen.

Ein Initiationsritus

Je stärker der Fahneneid im 19. Jahrhundert seine Eigenschaft als Rechtsinstitution verlor, desto mehr gewann er umgekehrt an ideeller Bedeutung und umso prunkvoller wurde die Eidesleistung ausgestaltet. Auch für die Bundeswehr behält die Vereidigung ihre wichtige Funktion als symbolische Aufnahme in die soldatische Gemeinschaft.



Zinnfiguren des 20. Jahrhunderts: Schwedische Landsknechte beim Fahneneid im Dreißigjährigen Krieg (1618–48). Der Offizier zu Pferd verliest die Kriegsartikel.



Privatarchiv / Lange

Wehrmachtssoldaten leisten ihren Eid auf ein Geschütz (li.), auf den Degen eines Offiziers (mi.) und auf ein Maschinengewehr (hinten re.).

Auf die Fahne kommt es (nicht) an

Der Name legt es nahe: Es ist militärischer Brauch, bei der Eidesleistung die Fahne, also das Erkennungszeichen und Integrationssymbol der Truppe, zu berühren. Auch der Degen des vorgesetzten Offiziers und sogar das Kanonenrohr konnten diese Aufgabe übernehmen. Dieser Brauch verweist auf die Ursprünge des Eides im Zauberesen. Nach germanischer Rechtsauffassung gehörte zu einem vollwertigen Schwur auch die Berührung eines heiligen Gegenstandes mit der Schwurhand.



Ein »heiliger Eid« – die Eidesleistung als religiöser Akt

In der hohen Verbindlichkeit eines vor Gott beschworenen Versprechens lag der eigentliche Sinn des Fahneneides. Die disziplinierende Bindewirkung des Eides sollte der Desertion entgegenwirken und Gehorsam sichern. »Da, um die Soldaten im Zaume zu halten, weder die Furcht vor Gesetzen, noch die vor Menschen genügt, so muß man die Gottesfurcht zu Hilfe nehmen und deshalb läßt man die Soldaten die Beobachtung der Disciplin beschwören, damit sie, wenn sie darwider handeln, nicht allein die Gesetze der Menschen, sondern auch Gott zu fürchten haben.« Raimund Graf v. Montecuccoli, 1641



Privatarchiv / Lange

Mit Gottes Segen: Vereidigung von Garderekuten in einem Berliner Exerzierhaus, rechts im Bild zwei Militärgeistliche, 1881.



Privatarchiv / Lange

Wohl dem, der geschworen
Zur Fahne den Eid,
Der sich zum Schmuck erkoren,
Des Königs Waffenkleid.
[...]
Die Welt mag zerreißen
Die Schwüre wie Spreu:
Ich weiß ein Wort wie Eisen,
Es heißt: Soldatentreu.
Wilhelm Hauff (1802–1827)



Privatarchiv / Lange

Treueid auf wen oder was?

Jahrhundertlang wurde der Fahneneid auf den obersten Kriegsherren, also den König oder den Landesfürsten geleistet. Die Eidesleistung begründete damit ein persönliches und gegenseitiges Treue- und Fürsorgeverhältnis. Im 19. Jahrhundert erhoben sich Forderungen, in den Eid auch eine Verpflichtung auf die Verfassung aufzunehmen. Mit dem Fahneneid der Reichswehr wurden die Soldaten erstmals nicht länger auf eine Person, sondern auf Reich und Verfassung vereidigt. Der heutige Diensteid der Bundeswehr lautet: »Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.«

Zur Erinnerung: Postkartendarstellung der Vereidigung, 1912. Eine Abordnung berührt stellvertretend die Truppenfahne, während alle Soldaten die rechte Hand mit drei aufgerekten Schwurfingern erheben.

Literaturtipp

Sven Lange, *Der Fahneneid. Die Geschichte der Schwurverpflichtung im deutschen Militär*, Bremen 2002.

Bundeswehr/Sebastian Wilke

Invaliden, Waisen, Assistenzhunde

Der »von Rohdich'sche Legatenfonds«

Ein Schlachtfeld im 18. Jahrhundert zur Zeit Friedrichs des Großen: Der Kampf ist zu Ende, die Toten und Verwundeten liegen auf einem Acker und Letztere werden, wenn sie Glück haben, von ihren Kameraden oder auch den Feldchirurgen versorgt und betreut. Was passierte mit ihnen? Und was hat der »von Rohdich'sche Legatenfonds« damit zu tun?

Von Robert Riemer



Gute Adresse: Die Einkünfte des Palais von Rohdich am Pariser Platz in Berlin (linker Eingang mit Freitreppe) kamen Soldatenkindern zugute, Zeichnung um 1820.

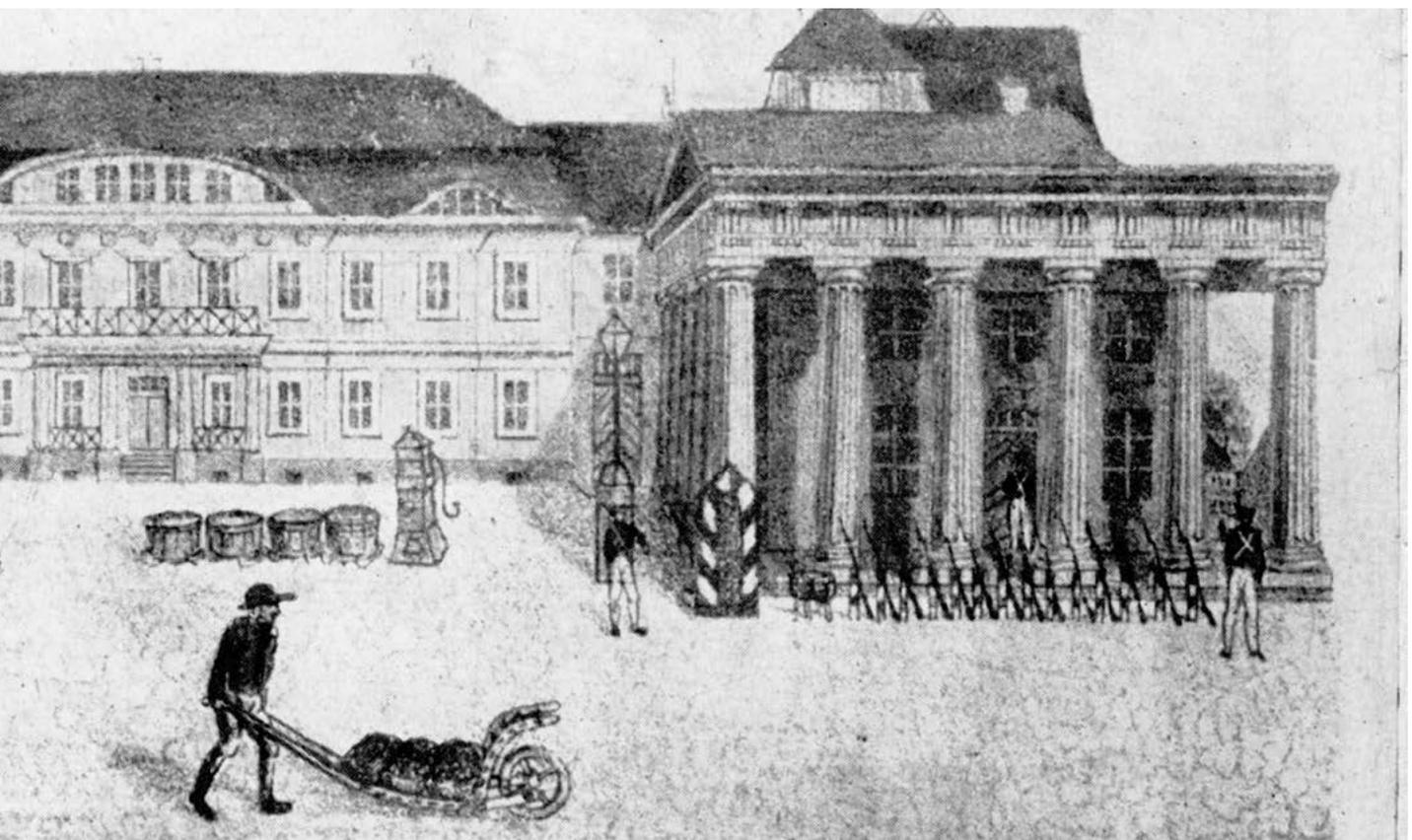
Üblich war in der Zeit Friedrichs des Großen häufig die Amputation von beschädigten Gliedmaßen, da weder das medizinische Wissen noch die personellen Kapazitäten ausreichten, um die in einer Schlacht gleichzeitig anfallende große Anzahl von Verwundeten adäquat zu behandeln. Am Beginn der 1760er Jahre, in der zweiten Hälfte des Siebenjährigen Krieges, legte der preußische Generalchirurg Johann Ulrich Bilguer eine Schrift vor, in der er die zurückhaltende Durchführung von Amputationen forderte. Der König begrüßte diese Forderung, da sie doch im Falle einer Heilung des Verwundeten dessen erneute Verwendung als Soldat ermöglichen konnte. Gleichwohl blieben die »Ausfallquoten« in den zeitgenössischen Gefechten, aber auch im Garnisonsbetrieb, aufgrund einer noch unzureichenden (Militär-)Medizin hoch.

Jenseits des Schlachtfeldes und der unmittelbaren Auswirkungen des Kriegsgeschehens waren jedoch diejenigen weiter zu versorgen, die zwar überlebt hatten, aber nicht glimpflich davongekommen waren, also beispielsweise tatsächlich ein Bein oder einen Arm verloren hatten.

Der Umgang mit Invaliden und (Militär-)Waisen

Bei diesen Invaliden, deren Familien sowie den Hinterbliebenen gefallener oder an Krankheiten verstorbener Soldaten war die weitere Existenzsicherung von entscheidender Bedeutung. König Friedrich II. bemühte sich um eine staatliche Vorsorge und Betreuung der Betroffenen, da Preußen vor allem in seiner Regierungszeit (1740–1786) jene Kriege führte, die den Aufstieg des

Landes in die Reihe der europäischen Großmächte ermöglichten. Entsprechend groß war die Zahl der Kriegsverehrten, die nun nicht mehr sich selbst überlassen blieben oder bestenfalls noch in Armenhäusern, kirchlichen Einrichtungen oder von mildtätigen Einzelpersonen betreut wurden. Eine der Möglichkeiten – neben der um 1700 in Europa beginnenden Einrichtung von Invalidenhäusern – war die Unterbringung von Kindern, deren Väter im Dienst ihres Landesherrn umgekommen waren, in einem staatlichen Waisenhaus. Der Vater Friedrichs II., der »Soldatenkönig« Friedrich Wilhelm I., stiftete im November 1724 das »Große Militär-Waisenhaus zu Potsdam«, das als Erziehungs-, Ausbildungs- und Fürsorgeeinrichtung für die Kinder von toten oder verarmten Soldaten diente. Jungen und Mädchen im Alter zwi-



Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

schen sechs und 16 Jahren, deren Väter in der preußischen Armee und hier zunächst vor allem im Leibregiment beziehungsweise in Einheiten in Potsdam, Brandenburg und Treuenbrietzen dienten, gedient hatten oder gefallen waren, wurden hier versorgt und ausgebildet, dienten dem Staat jedoch selbst wiederum auch als billige Arbeitskräfte und als personeller Nachwuchs für die Armee.

Reform des Großen Waisenhauses in Potsdam

Nach dem Regierungsantritt Friedrichs II. 1740 wurde das Waisenhaus zunächst vernachlässigt. Stattdessen ließ der König unter anderem in Berlin Invalidenhäuser zur Versorgung jener so schwer geschädigten Soldaten bauen, für die eine Verwendung als Dorfschullehrer, Torschreiber, Bote oder Handwerker nicht mehr infrage kam. Finanzielle Abhilfe und Unterstützung stellte die bereits unter dem Soldatenkönig gestiftete Invalidenkasse (1722) sicher, während Offiziere eine der Amtshaupt-

mann-Stellen besetzen konnten, die ein standesgemäßes jährliches Einkommen sicherten.

Im Jahr 1779 ernannte Friedrich II. Generalmajor Friedrich Wilhelm von Rohdich (1719–1796) zum Direktor des heruntergekommenen Waisenhauses in Potsdam. Eine erste Bestandsaufnahme des neuen Direktors benannte die festgestellten Probleme:

»Der Anwachs der Königl. Armeen hat besonders vor und im letzten Kriege das hiesige große Waysenhauß mit einer so großen Anzahl von Kindern angefüllt, dass [...] der Zweck des Instituts nicht füglich erreicht werden kann [...]; so sind eine Menge Krankheiten, und bey vielen Kindern der Todt eine natürliche und unvermeidliche Folge daran; so wünsche ich gar sehr, dass der Zweck der Stiftung bey ihnen mehr erreicht würde, welcher dahin geht, dass die Armee entweder gute, robuste Soldaten, oder der Staat brauchbare und gesunde Bürger erhalte.«

Rohdich griff eine bereits bekannte Idee auf und sorgte in größerem Umfang als bisher für eine Ausquartierung der

Kinder auf Bauernhöfe unter anderem in der Neumark und in Pommern, wo die Kinder – staatlich finanziert – aufwuchsen, zur Schule gingen und »keine andere Arbeit von ihnen verlang[t wurde], als sie nach ihrem Alter mit Rücksicht auf ihre Kräfte und Gesundheit verrichten können«. Die Finanzierung dieser und weiterer Maßnahmen stellten umfangreich gewährte ökonomische Privilegien sicher. Verschiedene Gewerbebetriebe und Unternehmungen dienten als Einnahmequelle, darunter das Krongut Bornstedt, Manufakturen und Bergwerke. Parallel dazu etablierte von Rohdich Anfang der 1780er Jahre ein Pfandleihgeschäft, in dem er Unternehmern gegen Hinterlegung eines Sachpfandes zu einem festgelegten Zinssatz Kredite offerierte und damit eine Nebenfinanzierung der ihm unterstehenden karitativen Einrichtungen ermöglichte. Er ließ das Waisenhaus sowie das Erziehungsinstitut für verarmte Offizierstöchter um- und ausbauen und versuchte, das Einquartierungssystem zu reformieren, um Spannungen zwischen der Garnison und den Potsdamer Bürgern abzubauen.

Friedrich Wilhelm von Rohdich

Friedrich Wilhelm von Rohdich (22. Feb. 1719, Potsdam – 23. Jan. 1796, Berlin) stammte aus einer bürgerlichen Offiziersfamilie. Der Vater stieg in der preußischen Armee bis zum Kapitän (Hauptmann) und Kompaniechef auf. Sein Sohn folgte seinem Vorbild und diente ebenfalls als Soldat in der preußischen Armee. Da König Friedrich Wilhelm I. wohl sein Taufpate war, erfolgte Rohdichs Ausbildung auf königliche Kosten am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin. Mit 17 Jahren trat er als Grenadier in die Riesengarde ein und wurde 1740 als Fähnrich in die neu aufgestellte Garde übernommen, nachdem der neue König Friedrich II. die Riesengarde seines Vaters aufgelöst hatte. Als Gardist nahm er an den Schlesischen Kriegen und dem Siebenjährigen Krieg teil, in Letzterem als Kompaniechef und Hauptmann im 1. Garde-Bataillon.

Im Jahr 1776, inzwischen zum Oberst avanciert, ernannte ihn Friedrich II. zum Chef der Potsdamer Infanterieinspektion und zum Kommandeur des Garde-Regiments. Drei Jahre später erfolgte unter Beförderung zum Generalmajor die Ernennung zum Chef des Grenadier-Garde-Bataillons, zum Potsdamer Stadtkommandanten und zum Direktor des dort angesiedelten Großen Militärwaisenhauses.

Schließlich beförderte Friedrich II. Rohdich im Jahr 1786 zum Generalleutnant unter Zuerkennung einer jährlichen persönlichen Soldzulage von 2000 Talern. Der neue König Friedrich Wilhelm II. ernannte Rohdich 1787 zum Kriegsminister, zum Vizepräsidenten des Ober-Kriegskollegiums und zum Mitglied des Geheimen Staatsrates. Eine letzte Beförderung folgte 1794 zum General der Infanterie. Verheiratet war Rohdich in kinderloser Ehe mit Friederike Karoline von Hoffmann, die seinen Nachlass verwaltete. Nach ihrem eigenen Tod wurden – wie von Rohdich testamentarisch verfügt – die Einkünfte aus seinem Palais »Auf der Dorotheenstadt am Quarree« (heute Pariser Platz) in Berlin zur Unterstützung von Soldatenkindern verwendet.



Potsdamer Gedenktafel für Generalmajor Friedrich Wilhelm von Rohdich, 1790

Der Erfolg Rohdichs bewegte den König dazu, ihm schließlich auch noch das Potsdamer Stadtarmenhaus zu unterstellen.

Der »von Rohdich'sche Legatenfonds«

Dass der Name von Rohdich bis heute bekannt ist, kann jedoch vor allem auf die testamentarisch verfügte wohl­­tätige Nutzung seines Vermögens zurück­­geführt werden. Das nun »von Rohdich'sches Legatenhaus« genannte Palais am heutigen Pariser Platz in Berlin wurde nach Rohdichs Tod 1796 vermietet und die Einnahmen zunächst – wie im Testament vorgesehen – von seiner Witwe genutzt. Nach deren Tod zehn Jahre später und der kurz danach folgenden preußischen Niederlage im Vierten Koalitionskrieg gegen Napoleon (1806/07), deren Ergebnis auch die Auflösung des Grenadier-Garde-Bataillons war, fehlte ein wichtiger Adressat des von Rohdich'schen Testaments. Dieser hatte sein altes Regiment, in dem er selbst Kommandeur und später Chef gewesen war, bedacht. Neue Erben von Rohdichs waren zwei im Jahr 1808 im Zuge der preußischen Militärreformen aufgestellte Bataillone Garde zu Fuß, die – 1809 um ein drittes Bataillon ergänzt – das 1. Garde-Regiment zu Fuß (EGRzF) bildeten und mit einer Allerhöchsten Kabinettsorder von König Friedrich Wilhelm III. im Jahr 1810 als Nutznießer des Rohdich'schen Erbes bestimmt wurden. Die Stiftung, durch eine vom preußischen König eingesetzte Kommission mit der Verwaltung der Gelder betraut, erhielt 1880 schließlich den Status einer juristischen Person zugesprochen.

Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bestimmten die Kommandeure und Offiziere des Regiments über die Verwendung der Stiftungsgelder, doch dann gab es wegen des verlorenen Krieges und der Bestimmungen des Versailler Vertrages einen weiteren Kontinuitätsbruch: Die Tradition des 1. Garde-Regiments



Wappen des »von Rohdich'schen Legatenfonds«

ging auf das 1920 in der neuen Reichswehr aufgestellte 9. (Preußische) Infanterie-Regiment in Potsdam (»Graf Neun«, IR9) über, dessen Angehörige zusammen mit ehemaligen Offizieren des EGRzF den »Semper talis Bund« gründeten. Der Stiftungsbesitz konnte um drei neu erworbene Immobilien in Potsdam erweitert werden, so dass bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die Ausbildung von insgesamt 600 Kindern von Unteroffizieren, Mannschaften und Beamten des Regiments mit einer monatlichen Beihilfe unterstützt werden konnte.

Die deutsche Teilung als eine der Kriegsfolgen des Zweiten Weltkrieges bedeutete für die Stiftung, die nun in der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der Deutschen Demokratischen Republik angesiedelt war, zunächst das Aus – 1951 erfolgte die Auflösung und Verstaatlichung des Stiftungseigentums. Erst nach der deutschen Wiedervereinigung, im Jahr 1993 und damit mehr als vier Jahrzehnte nach ihrer Auflösung, widerrief das Verteidigungsministerium diese, doch eine voll-

ständige Restitution des Stiftungseigentums gelang nicht. Der heutige Stiftungssitz befindet sich im Charles-Corcelle-Ring in Berlin, nahe der Julius-Leber-Kaserne, in der das Wachbataillon stationiert ist. Dennoch ist die Stiftung in der Lage, wieder im Sinne des Stiftungsgebers tätig zu sein, wobei sie heute mit dem Bundeswehr-Sozialwerk, dem Soldatenhilfswerk der Bundeswehr, der Deutschen Härtefallstiftung und der Soldaten- und Veteranenstiftung des Deutschen Bundeswehrverbandes kooperiert. Neben der besonderen Verbindung des »von Rohdich'schen Legatenfonds« mit dem Wachbataillon – so wird den Kindern von Angehörigen des Wachbataillons ein Ferientaschengeld gezahlt – profitieren auch Soldatinnen und Soldaten anderer Einheiten der Bundeswehr von der Unterstützung. Es werden etwa einsatzgeschädigten Bundeswehrangehörigen die mehrere tausend Euro teuren Assistenzhunde finanziert, die im Rahmen rehabilitativer Maßnahmen den Betroffenen helfen, den erschwerten Alltag möglichst selbstständig zu bewältigen.

Der »von Rohdich'sche Legatenfonds« ist zwar »nur« eine von mehreren Stiftungen, die soziale Belange der Bundeswehr unterstützen, aber seine bis in das 18. Jahrhundert zurückreichende Geschichte und das damals in der Form außergewöhnliche Engagement für Soldaten und ihre Angehörigen macht ihn einzigartig. Sein ethisches Handeln und die gelebte Kameradschaft haben eine bis heute existente Tradition begründet.

Oberstleutnant Priv.-Doz. Dr. phil. habil. Robert Riemer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Ansprechstelle für militärhistorischen Rat im ZMSBW in Potsdam und Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Greifswald.

Literatur­­tipp

Von Rohdich'scher Legatenfonds. Hrsg. vom Von Rohdich'schen Legatenfonds, Berlin 2023.

6. Juni 1944

Operation »Overlord«

Am 6. Juni 1944, dem »D-Day«, landeten die Westalliierten in der Normandie. Damit begann die Operation »Overlord«, die größte Landungsoperation der Geschichte. Das Ziel war die Befreiung Westeuropas von der Herrschaft Hitlers. Am Mittag des 5. Juni stach an der Küste Südenglands eine gewaltige Armada in See: fast 7000 Wasserfahrzeuge. Etwa 17 Stunden dauerte die Überfahrt über den Ärmelkanal.

In der Nacht zum 6. Juni sprangen bereits Fallschirmjäger über der Normandie ab. Das war ein verlustreiches Unterfangen: Maschinen wurden abgeschossen, andere flogen in den Wolken zu tief, sodass Soldaten aufschlugen, bevor sich ihre Fallschirme öffneten. Die, die landen konnten, taten dies oft weit entfernt von

ihren Zielen und mussten sich durch die deutschen Linien kämpfen.

Am frühen Morgen des 6. Juni, um 5.30 Uhr, begannen die alliierten Schiffe mit dem Beschuss deutscher Küstenstellungen. Eine Stunde später landete die erste Welle Infanterie am nordfranzösischen Strand an. Der Plan sah fünf Landungsabschnitte zwischen Cherbourg und Le Havre vor: Utah, Omaha, Gold, Juno und Sword. Die Soldaten stammten aus insgesamt 14 Staaten, vorwiegend waren es aber US-Amerikaner, Briten und Kanadier.

Die Szenen, die sich bei der Landung abspielten, waren grausam, teils ein reines Gemetzel. Nicht wenige Infanteristen ertranken wegen ihrer schweren Ausrüstung oder wurden noch im

Wasser getötet. Am Strand gab es kaum Deckung. Über 4000 alliierte Soldaten fielen in den harten Kämpfen. Doch am Ende des Tages hatten sich die Alliierten mit mittlerweile über 150 000 Soldaten in allen Abschnitten festgesetzt.

Diesem gewaltigen Angriff konnte die Wehrmacht nicht standhalten. Die Panzer-Reserven, über deren Einsatz die deutsche militärische Führung vorher stritt, konnten sich infolge der alliierten Luftüberlegenheit mit über 10 000 Flugzeugen nicht entscheidend auswirken. Und schließlich besaß auch der mit seinen über 8000 Bunkern als unüberwindbares Bollwerk geltende Atlantikwall eine grundsätzliche Schwachstelle: Er verfügte über keine Verteidigung in der Tiefe. War eine Stelle durchbrochen,

so war das ganze starre System zu nichte gemacht.

Die Landung in der Normandie leitete den Untergang des NS-Regimes ein. Entscheidend dafür war aber gerade auch die am 22. Juni begonnene sowjetische Großoffensive »Bagration«. Von West wie von Ost rückten die Alliierten nun auf Deutschland vor. Trotz schneller Erfolge sollte es aber noch fast ein Jahr dauern, bis Europa endgültig von der Herrschaft Hitlers befreit war. Es wurden die blutigsten Monate des Krieges.

Chris Helmecke



ulstein bild - LEONE

Verlustreiche Erstürmung: US-Truppen nehmen nach schweren Kämpfen an der Pointe du Hoc deutsche Soldaten gefangen, Juni 1944.

Beginn des »deutschen Bauernkrieges«

23. Juni 1524

Real war sie groß, gefühlt war sie 1524 größer: die Not der Bauern im schwäbischen Stühlingen. Die Abgaben an den Grundherren, Graf Sigmund II. von Lupfen, waren ebenso gestiegen wie die zu erfüllenden Arbei-

ten. Das »neue« Römische Recht ließ die bislang für alle nutzbaren Flächen (Allmende, Alm) auf den Grundherren übergehen.

Die Bauern hatten ein Beschwerdeschreiben verfasst, das sie am 23. Juni dem Grafen überreichten. Die 16 größten Mängel waren aufgelistet. Sigmund II. ging mit harter Hand vor. Die Bauern organisierten sich unter der Führung des ehemaligen Söldners Hans Müller, genannt von Bulgenbach, militärisch. Die Kämpfe begannen.

Stühlingen war kein Einzelfall. In Schwaben, Franken, Tirol, Lothringen, Sachsen, Thüringen und im Elsass schlossen sich Unzufriedene zusammen und erstellten zunächst Beschwerdeschreiben. Die »Zwölf Artikel der Bauernschaft«, die 1525 in

Memmingen übergeben wurden, gelten als erste Vorläufer der Menschen- und Freiheitsrechte in Europa. Aber: Nicht nur die Bauern litten Not. Nicht nur sie berieten, organisierten sich militärisch, plünderten und kämpften. Gleiches taten städtische Unterschichten, einfache Bergleute und niedere Ritter. Ähnliche Aufstände gab es zeitgleich in Livland, Ungarn, England und der Schweiz. Somit begann 1524 kein »Bauernkrieg«, sondern die »Revolution des gemeinen Mannes«, und die war nicht nur »deutsch«. Eines aber ist diesen Aufständen gemein: Sie wurden in den Jahren 1525/26 von den militärisch überlegenen Fürsten blutig niedergeschlagen. Die Masse der Unterlegenen starb auf dem Schlachtfeld oder wurde hingerichtet, der Rest musste abschwören. Am Ende war sie wieder da: die Not. Einzig das Vermächtnis der Forderungen blieb.

Harald Potempa



Kein Erbarmen: Hinrichtung aufständischer Bauern. Federzeichnung, zeitgenössisch.

Die Erstürmung der Düppeler Schanzen

18. April 1864

Mit dem Einrücken preußischer und österreichischer Truppen in Schleswig begann am 1. Februar 1864 der Deutsch-Dänische Krieg. Mehr als 60 000 Soldaten standen der 38 000 Mann starken dänischen Armee gegenüber. Die Verteidigung am historisch wichtigen Danewerk an der Schlei scheiterte an der Eisschicht, über die die Alliierten das Gewässer überqueren und dem Feind in die Flanke fallen konnten. Nach mehreren verlorenen Gefechten zogen sich die Dänen auf die Düppeler Schanzen zurück, die den Übergang auf die Insel Alsen bei Sonderburg sicherten.

Während die Österreicher weiter auf der jütländischen Halbinsel vorrückten, setzten die Preußen nach und begannen, die Schanzen einzukreisen. Nach einem ersten Sturmangriff am 28. März, zog die preußische Armee nun Truppen zusammen und begann systematisch die Belagerung. Ein neuer Angriff wurde für den 18. April 1864 festgelegt. 37 000 preußische standen dabei 11 000 dänischen Soldaten gegenüber. Nach mehrstündigem Artilleriebeschuss begann um 10.00 Uhr der Sturm mit »klingendem Spiel«. Schon dreizehn Minuten später war die erste Schanze in preußischer Hand. Nach einem gescheiterten dänischen Gegenangriff endete der Kampf

um 13.30 Uhr. 263 preußische und mehr als 700 dänische Soldaten waren dabei gefallen.

Die dänischen Truppen zogen sich auf die Insel Alsen zurück und Jütland lag offen vor den Verbündeten. Am 30. Oktober 1864 trat Dänemark im Vertrag von Wien schließlich Schleswig, Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich ab. Das Trauma der Niederlage wirkte auf die ganze Nation. Krieg schied zukünftig als Instrument dänischer Politik aus. Erst während des Kosovokrieges 1999 nahm die dänische Armee wieder an Kampfeinsätzen außerhalb Dänemarks teil.

Christian Jentzsch

Zusammenbruch im Osten

Die sowjetische Operation »Bagration« und die Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944

Es war die größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte: die Zerschlagung der Heeresgruppe Mitte durch die sowjetische Sommeroffensive 1944. In ihrer Gewaltdimension übertraf sie bei Weitem die Invasion der Westalliierten in der Normandie, steht in ihrer Bekanntheit aber dennoch in deren Schatten.

Von Chris Helmecke



ulstein bild – United Archives

»Materialfriedhof«: Auf ihrem Rückzug mussten die deutschen Verbände ihr Kriegsgerät aufgeben, Ende Juni 1944.

Was führte zum Untergang Hitler-Deutschlands? Das alljährliche Gedenken zum »D-Day« am 6. Juni soll verdeutlichen: Es war die Landung der Westalliierten in der Normandie. Der britische Historiker Andrew Roberts urteilt hingegen: »Der Krieg gegen Deutschland wurde an der Ostfront gewonnen«. Damit rückt er eine weitaus größere und für die Wehrmacht verlustreichere Schlacht in den Fokus: Die sowjetische Operation »Bagration« zerschlug im Sommer 1944 innerhalb weniger Wochen die Heeresgruppe Mitte und brachte die Rote Armee bis zu 600 Kilometer weit nach Westen.

Ein gewagtes Spiel

Die militärische Lage des Deutschen Reiches im Frühjahr 1944 war desaströs: An der Ostfront war die Initiative endgültig auf die Rote Armee übergegangen. Im Westen stand die Invasion unmittelbar bevor. Auch an den Nebentfronten schienen Siege illusorisch.

Hitler war dennoch positiv gestimmt und sehnte eine alliierte Landung im Westen herbei. Denn in seiner Bewertung lauerte dort nicht nur die größere Gefahr, er sah im Westen auch die Chance, mit einem Sieg die kriegsentscheidende Wende herbeizuführen. Danach wollte er mit freigewordenen deutschen Truppen eine neue Offensive im Osten folgen lassen – ein Unternehmen »Barbarossa 2.0«. Das war risikoreich, denn eine sowjetische Offensive würde vermutlich parallel zur westalliierten Landung beginnen, um den Schwächemoment der Wehrmacht an der Ostfront auszunutzen.

Im Sommer 1944 wies die Ostfront eine Bogenbildung in Form eines Fragezeichens auf. In der nördlichen Hälfte ragte der »weißrussische Balkon« der Heeresgruppe Mitte nach Osten und im Süden die durch die Rote Armee zurückerobernten Gebiete als »ukrainischer Balkon« nach Westen.

Am Scharnier zwischen den beiden Balkonen, der Grenze zwischen den Heeresgruppen Mitte und Nordukraine, lag Kowel – der wunde Punkt der Ostfront. Die Abteilung Fremde Heere Ost

hatte der Stadt eine kriegsentscheidende Bedeutung zugeschrieben: Nach einer Eroberung könnten sowjetische Truppen auf kürzestem Weg zur Weichsel und weiter zur Ostsee vorstoßen.

Verwirrte Feindaufklärung

Andere mögliche sowjetische Angriffsschwerpunkte wurden von der deutschen Seite als unwahrscheinlich bewertet. Doch das sowjetische Oberkommando hatte sich gegen eine einzige strategische Entscheidungsoffensive und für eine Vielzahl gestaffelter operativer Angriffe entlang der gesamten Front entschieden. In der Folge stellte die deutsche Feindaufklärung zwar vor allen Heeresgruppen gegnerische Verbände fest, konnte aber keinen Schwerpunkt ausmachen. Die sowjetischen Truppen waren bald so massiert, dass gleichzeitige Offensiven gegen alle deutschen Heeresgruppen möglich waren.

Die stärkste sowjetische Offensive war die Operation »Bagration«, der Angriff auf den »weißrussischen Balkon«, mit dem Ziel, die Heeresgruppe Mitte zu zerschlagen. Benannt wurde sie nach dem georgischen General Pjotr I. Bagration, der im Kampf gegen Napoleon 1812 in Folge einer Verwundung verstorben war.

Die Armeen der Heeresgruppe Mitte hatten frühzeitig alarmierende Feindlagebeurteilungen gemeldet. Doch das Oberkommando unter der Führung des hitlerhörigen Generalfeldmarschalls Ernst Busch hatte die Warnungen nicht ernst genommen. Die Abteilung Fremde Heere Ost erkannte zwar die Bedrohung der Heeresgruppe Mitte, zog aber den Schluss, dass dies nur der Täuschung diene und der Hauptstoß sich gegen die Heeresgruppe Nordukraine richten würde. Dieser Einschätzung schloss sich Hitler an.

Ungleiche Gegner

Für die Operation »Bagration« hatte die Rote Armee vier sowjetische Fronten (Heeresgruppen) bereitgestellt, von denen anfangs 15 Armeen zum Einsatz kamen. Das waren etwa 1,25 Millionen

Soldaten, über 24 300 Geschütze, über 4000 Panzer und Sturmgeschütze sowie mehr als 6300 Flugzeuge. Zusätzlich agierten fast 150 000 Partisanen im belarussischen Hinterland. Insgesamt waren bis Ende August in der Operation »Bagration« über 2,5 Millionen Rotarmisten eingesetzt.

Die sowjetischen Armeen sollten zunächst Durchbrüche auf den Flügeln erzielen. Danach würden »bewegliche Gruppen« mit massierten Panzerkräften zum operativen Stoß in die Tiefe antreten, um die deutschen Truppen einzuschließen.

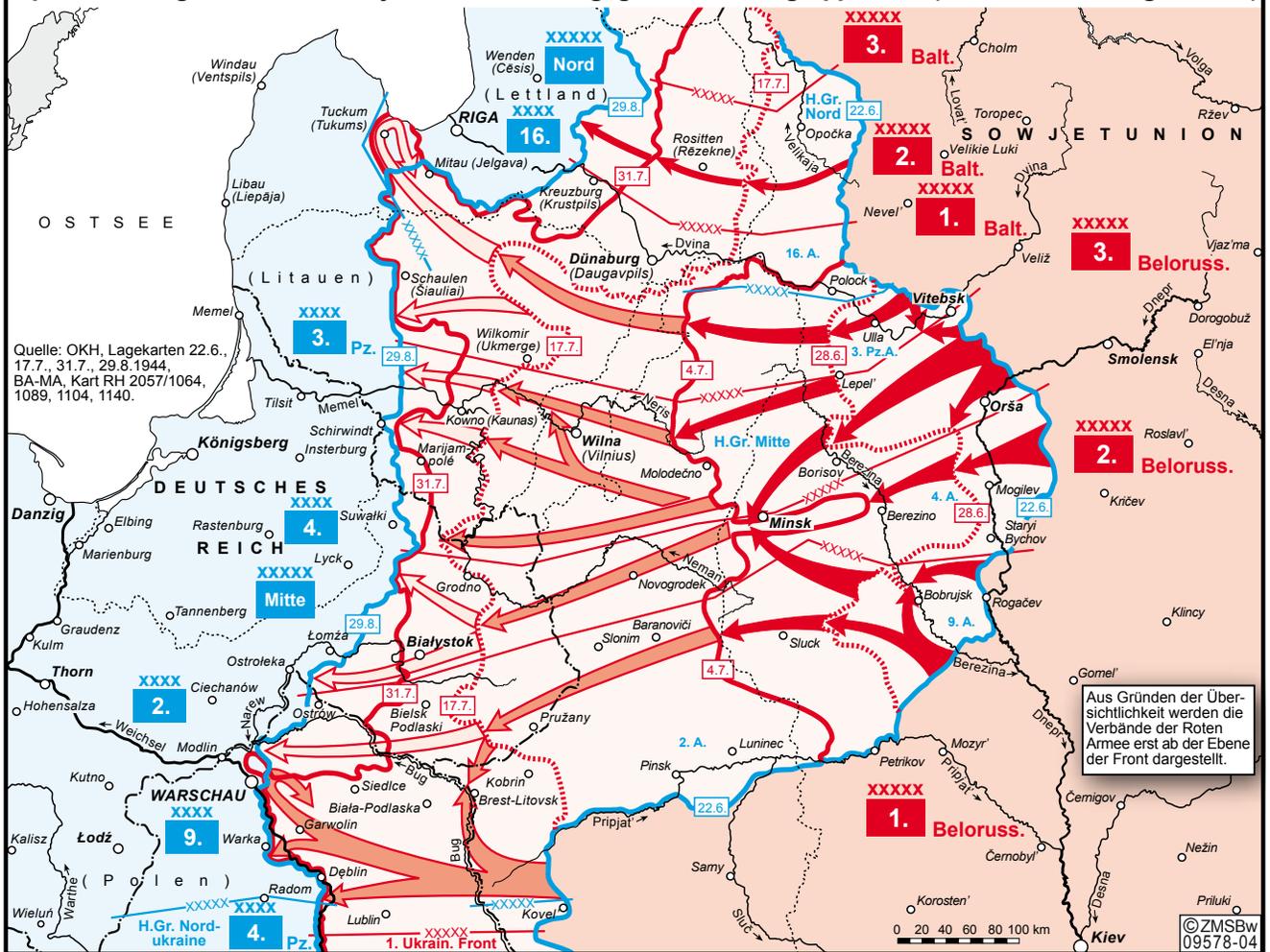
Die Heeresgruppe Mitte hielt den »weißrussischen Balkon« nördlich bei Witebsk mit der 3. Panzerarmee, in der Mitte bei Mogilev mit der 4. Armee und im südostwärtigen Teil bei Bobrujsk mit der 9. Armee. An der Südflanke schloss sich die 2. Armee entlang der Pripjetsümpfe an, die jedoch von der ersten Angriffsphase nicht betroffen war. Ohne Letztere betrug die Tagesstärke der Heeresgruppe etwa 336 000 Soldaten.

»Kartenhaus vor dem Einsturz«

Die Mängel beim Material waren nach vielen zermürbenden Kriegsjahren gravierend, insbesondere bei der Panzerwaffe. Die 3. Panzerarmee wurde ihrer Bezeichnung nicht gerecht: Sie besaß keine Panzer mehr, aber dafür 60 000 ausgehungerte Pferde – ein Sinnbild für die Entmotorisierung des deutschen Heeres. Die Heeresgruppe Mitte konnte insgesamt nur etwa 120 Panzer und weniger als 380 Sturmgeschütze auffahren. Weit unterlegen war auch die Artillerie mit knapp 2600 Geschützen und unzureichender Munition. Die Luftflotte 6 hatte ungefähr 600 Flugzeuge verfügbar, jedoch mit rationiertem Treibstoff. Insgesamt glich die Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 einem »Kartenhaus vor dem Einsturz« (Karl-Heinz Frieser).

Wie sollten die geschwächten deutschen Verbände bei diesem Kräfteverhältnis dem bevorstehenden sowjetischen Ansturm standhalten? Hitler lehnte eine bewegliche Verteidigung in der Tiefe ab. Im Sinne seiner Halte-Strategie befahl er die Bildung »fester

Operation »Bagration« – Die sowjetische Offensive gegen die Heeresgruppe Mitte (22. Juni bis 29. August 1944)



Plätze«. Sie sollten als defensive Wellenbrecher den gegnerischen Angriff ausbluten lassen und schließlich als Brückenköpfe für kommende Offensiven dienen.

Angriff am Jahrestag

Am 22. Juni 1944, exakt drei Jahre nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, schlug die Rote Armee zurück. Sie zeigte neben ihrer quantitativen Überlegenheit auch eine qualitative Weiterentwicklung: Kräftekonzentration und Umfassungsoperationen hatte sie von der Wehrmacht gelernt. Der Einsatz artilleristischer Doppelfeuerwalzen führte zur Auslöschung der vorderen deutschen Stellungen. Die sowjetische Luftwaffe besaß die Luftüberlegenheit.

Partisanen hatten zudem mit unzähligen Sprengungen von Eisenbahnlini- den deutschen Nachschub erheblich gestört. Der sowjetische Angriff wurde zu einem Inferno für die deutschen Verbände.

Bei der 3. Panzerarmee im Raum Witebsk brach die Front innerhalb von zwei Tagen zusammen. Ein Korps wurde in der Stadt eingeschlossen und ging unter. Die deutschen Generale hatten den Kampf mit Hitler um einen Ausbruch aus dem Kessel verloren. Der Diktator griff ständig in die Operationsführung ein, wobei seine Befehle meist von den Ereignissen überholt wurden. Der rechte Flügel der Armee wurde so weit abgedrängt, dass er der 4. Armee unterstellt werden musste. Die 3. Panzerarmee bestand damit nur noch aus einem Korps.

Bei der 4. Armee kam es zu Durchbrüchen auf den Flügeln, sodass auch das Zentrum nicht mehr standhalten konnte und ausweichen musste. Die Rote Armee war jedoch auf den Flügeln bereits weit nach Westen vorgestoßen. Es begann ein Wettlauf zum Fluss Beresina.

Zusammenbruch

Die 9. Armee traf es am schlimmsten. Hier hatte die Rote Armee die stärkste Überlegenheit. Die 1. Belorussische Front griff umfassend in Richtung Bobrujsk an. Dabei setzte sie in einem als unpassierbar geltenden Sumpfgelände mit Hilfe angelegter Knüppeldämme massiv Panzer ein. Auch hier kam es im Streit der Generalität mit Hitler zu einem Befehlswirrwarr aus Rückzug und

Halten. Am Ende waren zwei Korps mit 70 000 Soldaten eingeschlossen. Die 9. Armee hatte als operativ verfügbarer Großverband zu existieren aufgehört.

Die deutsche Front war auf einer Breite von über 400 Kilometern zusammengebrochen. Hitler ließ Busch am 28. Juni ablösen; Generalfeldmarschall Walter Model übernahm die Heeresgruppe Mitte.

Nach den Durchbrüchen auf den Flügeln schoben sich die sowjetischen Verbände weiter in Richtung Minsk vor. Damit drohte der 4. Armee eine operative Umfassung. Die deutschen Truppen hatten den Wettlauf zur Beresina verloren. Sowjetische Verbände schlossen bereits westlich davon einen inneren Ring. Mit dem Fall von Minsk am 3. Juli war auch die äußere Umfassung gelungen und die 4. Armee somit doppelt eingeschlossen. Der Rückzug in »wandernden Kesseln« rieb sie schließlich auf. Versprengte Soldaten, sogenannte Rückkämpfer, versuchten, sich zu den eigenen Linien durchzuschlagen, teils über mehrere Hundert Kilometer.

Die erste Phase der Operation »Bagration« führte zu den bisher größten Verlusten der Wehrmacht mit 250 000 Mann. 28 Divisionen waren zerschlagen.

Im Juli 1944 ließ der Angriffsschwung der Roten Armee nach. Dies lag einerseits an den logistischen Problemen aufgrund überdehnter Nachschublinien. Andererseits ließ Model im Gegensatz zu Busch nicht starr verteidigen, sondern befahl eine flexible Operationsführung. Kurze Gegenschläge sollten die sowjetischen Truppen verzögern, um Stellungen in der Tiefe zu beziehen. So konnte die Front bis Ende Juli konsolidiert werden.

Doch neue Katastrophen zeichneten sich ab: Im Westen war die Front nach dem Durchbruch bei Avranches zusammengebrochen. Damit war Hitlers Plan der Truppenverschiebung nach Osten gescheitert. Die Heeresgruppe Nord war durch einen sowjetischen Vorstoß im Baltikum abgeschnitten und die Heeresgruppe Nordukraine musste sich bis zur Weichsel zurückziehen.

Bei der Heeresgruppe Mitte rissen sowjetische Verbände die südliche Front

auf und stießen auf Warschau vor. Es drohte ein Durchmarsch bis zur Ostsee und damit ein Abschneiden der Heeresgruppe. Doch Model gelang eine Überraschung: Anfang August konnte er in einer Panzerschlacht vor Warschau die sowjetischen Spitzen empfindlich treffen. Die sowjetische Offensive hatte ihren Kulminationspunkt überschritten. Bis Ende August gelang es den deutschen Truppen, die Front zwischen Warschau und Riga zu stabilisieren – allerdings nur zeitweise. Die endgültige Niederlage war nur noch eine Frage der Zeit.

Historische Niederlage

Was hatte im Sommer 1944 zum Zusammenbruch der Ostfront geführt? Erstens war das Kräftepotential der Roten Armee angewachsen und ihre operative Kriegführung hatte sich transformiert. »Bagration« steht für ihren Wandel hin zu einer wirkungsvolleren Streitkraft. Zweitens bewertete die deutsche Feindaufklärung die sowjetischen Absichten falsch. Drittens traf die sowjetische Wucht auf eine nicht mehr operationsfähige Heeresgruppe Mitte. Der vierte Grund lag in Hitlers Befehl zur starren Defensive, bei dem das Prinzip der »festen Plätze«

unnötige Verluste verursachte. Zudem hatte er seine »Diktatur bis auf das Gefechtsfeld ausgedehnt«: Sein ständiges taktisches Eingreifen konterkarierte das Prinzip der Auftragstaktik und bedeutete eine Entmündigung der militärischen Führer.

»Bagration« war eine der größten Operationen des Zweiten Weltkrieges und wurde zur schwersten Niederlage in der deutschen Militär­geschichte. Die Wehrmacht erlitt bis Ende August fast 400 000 Mann Verluste. Doch auch die Rote Armee erkaufte ihren Sieg mit etwa doppelt so vielen Verlusten teuer. Im Sommer 1944 wurde damit im Osten in ganz anderen Dimensionen gestorben als in der Normandie.

Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Forschungsbereich »Militär­geschichte
bis 1945« am ZMSBw.

Literatur­tip

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd 8: Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten. Im Auftrag des Militär­geschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Karl-Heinz Frieser, 2. Aufl., München 2011.



Zuschau­stellung: Noch während die Operation »Bagration« lief, ließ der sowjetische Diktator, Josef Stalin, als Zeichen seines entscheidenden Sieges mehr als 57 000 deutsche Kriegs­gefangene am 17. Juli 1944 durch die Straßen von Moskau marschieren.

Bücher



1000 Jahre Geschichte

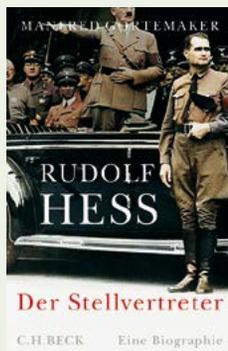
Mittelalter? Ritter, Burgen, Klöster, Karl der Große! Und sonst?

Bei genau diesem »und sonst« setzt das Buch von Dan Jones ein. Es trägt den Untertitel »Eine neue Geschichte des Mittelalters« zu Recht. Der Autor gliedert sein Buch in vier Teile. »Imperium (ca. 410 bis 750)« erzählt die Geschichte des Römischen Reiches, seines Unterganges, der »Barbarenreiche«, des Aufstieges von Byzanz und des Siegeszuges des Islam von der Arabischen Halbinsel bis nach Spanien. »Herrschaft (ca. 750 bis 1215)« berichtet von den Frankenreichen, den Mönchen, den Rittern und den Kreuzzügen. »Wiedergeburt (ca. 1215 bis 1347)« kündigt von den Mongolenstürmen, von Kaufleuten, Gelehrten und Baumeistern. »Revolution (ca. 1348 bis 1527)« schließlich behandelt die Überlebenden der Großen Pest, die Erneuerer, die Seefahrer und schließlich die Protestanten.

Bilanz: 1000 Jahre Geschichte spannend, vielschichtig und locker lesbar auf 800 Seiten erzählt!

Harald Potempa

Dan Jones, Mächte und Throne. Eine neue Geschichte des Mittelalters, München 2023. ISBN 978-3-406-80625-4, 793 S., 38,00 Euro



»Stellvertreter des Führers«

Rudolf Heß (1894–1987) gilt als eine der rätselhaftesten Personen innerhalb der NS-Elite. Als früher Weggefährter Adolf Hitlers stieg er vom Privatsekretär zum »Stellvertreter des Führers« in der NSDAP auf, nahm jedoch nach 1933 nie eine Schlüsselfunktion im engeren Kreis Hitlers ein.

Aufsehen erregte er mit seinem geheimnisvollen Flug nach Schottland am 10. Mai 1941, um über einen Frieden mit Großbritannien zu verhandeln. Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Um seinen Tod im Spandauer Gefängnis ranken sich Mythen. Die rechtsextreme Szene stilisierte Heß zu einem Märtyrer.

Der Zeithistoriker Manfred Görtemaker konnte eine Vielzahl neuer Quellen auswerten. Er zeichnet ein umfassendes Bild von Heß' Aufstieg sowie seinem Wirken im Nationalsozialismus und befasst sich zudem mit den zahlreichen Legenden über seine Person. Eine fundierte und lesenswerte Biografie!

Chris Helmecke

Manfred Görtemaker, Rudolf Hess. Der Stellvertreter. Eine Biographie, München 2023. ISBN 978-3-406-65291-2, 758 S., 38,00 Euro



»Wolfsschanze«

An einem Ort in Ostpreußen hätte die Geschichte einen anderen Verlauf nehmen sollen: Im »Führerhauptquartier Wolfsschanze« verübte Claus Schenk Graf von Stauffenberg das Attentat vom 20. Juli 1944. Es misslang, Stauffenberg wurde, ebenso wie zahlreiche weitere Beteiligte des Umsturzversuches, anschließend hingerichtet.

Der Band rekonstruiert minutiös die Hintergründe und das genaue Geschehen in der »Wolfsschanze« im Vorfeld und während des Attentats. Zugleich ordnet die Herausgeber den Ort des Geschehens in den größeren historischen Kontext ein: von der Planung zum Bau der »Wolfsschanze«, über die Einordnung in das Netz der »Führerhauptquartiere«, bis hin zu den zahlreichen Entscheidungen etwa zur Kriegführung oder zum Holocaust, die hier getroffen wurden. Umfängliches und anschauliches Karten-, Bild- und Quellenmaterial regen zum Weiterlesen und Nachdenken an – auch über einen kritischen Umgang mit der »Wolfsschanze« heute.

Cornelia Juliane Grosse

Johannes Tuchel/Uwe Neumärker, Der 20. Juli 1944 im »Führerhauptquartier Wolfsschanze«, Berlin 2021. ISBN 978-3-86732-342-0, 374 S., 24,90 Euro



Über Russland nachgedacht

Gerd Koenen wirft als renommierter Historiker und Kenner Osteuropas einen kritischen Blick auf die historischen Ereignisse und politischen Entwicklungen Russlands. Das Buch bietet einen facettenreichen Einblick in die Wechselwirkungen zwischen der russischen Geschichte und dem Weltgeschehen. Koenen beleuchtet nicht nur die politischen, sondern auch die kulturellen und sozialen Aspekte, um ein umfassendes Verständnis für die russische Mentalität zu schaffen.

Eine klare Sprache und der analytische Ansatz machen das Buch auch für Lesende ohne tiefgehende Vorkenntnisse zugänglich. Dabei verzichtet Koenen nicht auf kritische Reflexion und regt dazu an, über die Komplexität Russlands nachzudenken.

»Im Widerschein des Krieges« ist eine Einladung zum Reflektieren über Russland und seine Rolle in der globalen Arena. Eine absolute Empfehlung für alle, die eine fundierte und gleichzeitig packende Analyse der russischen Geschichte suchen.

Helene Heldt

Gerd Koenen, Im Widerschein des Krieges. Nachdenken über Russland, München 2023. ISBN 978-3-406-80073-3, 317 S., 20,00 Euro

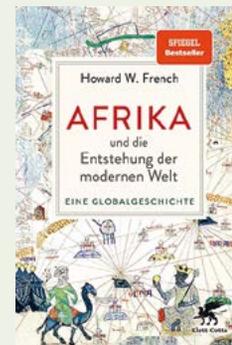


Vertragsbruch der NATO?

Seit Jahrzehnten hält sich die Erzählung, dass die NATO mit ihrer Ost-Erweiterung ein Versprechen von 1990 gebrochen habe. Doch gab es das Versprechen keiner weiteren Ostausdehnung der NATO wirklich? Zur Beantwortung dieser Frage rekonstruiert Mary Elise Sarotte anhand von Dokumenten und Zeitzeugengesprächen die Ereignisse im Zeitraum von den Verhandlungen zur deutschen Einheit bis zur NATO-Osterweiterung von 1999 sehr lebendig. Schlüssig erklärt die Autorin, wieso Russland das Zusatzprotokoll zum 2+4-Vertrag unterschrieb und warum es unter Präsident Boris Jelzin zuerst positiv zur NATO eingestellt war. Aber aus der zunächst überschwänglichen Freundschaft von US-Präsident Bill Clinton und Jelzin wurde bald eine kühlere, spannungsreiche Beziehung. Auch wird erklärt, warum die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wurde. Ein spannendes Buch, das hilft, die Gegenwart besser zu verstehen.

Christian Jentzsch

Mary Elise Sarotte, Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung, München 2023. ISBN 978-3-406-80831-9, 397 S., 28,00 Euro



Afrika neu lesen

Entdeckungsfahrten von Männern wie Christoph Kolumbus und Vasco da Gama standen am Beginn der modernen Geschichte; sie stießen die Tür zu ihr geradezu erst auf. Oder doch nicht? Der Journalist und Professor Howard W. French vertritt die Ansicht, dass diese vor allem in der westlichen Welt weitverbreiteten Narrative die Geschichte eher verzerren. Vor allem erzählen sie die Geschichte Afrikas »dramatisch falsch«. Sein Anliegen ist es, der Bedeutung Afrikas einen Platz in den gängigen historischen Erzählungen zu verschaffen. Afrikaner, wie Abu Bakr II., Herrscher über das sudanesishe Reich Mali, hatten zu Beginn des 14. Jahrhunderts etwa selbst erste Entdeckungsfahrten über den Atlantik unternommen. Afrika, so French, sei sogar der eigentliche »Motor in der Maschinerie der Moderne« gewesen. Auf 500 kenntnisreich geschriebenen und gut lesbaren Seiten widmet er sich vor allem der verwobenen Geschichte Afrikas und Europas. Ein Buch, das zum Nachdenken anregt und neue Sichtweisen aufzeigt.

Cornelia Juliane Grosse

Howard W. French, Afrika und die Entstehung der modernen Welt. Eine Globalgeschichte, Stuttgart 2023. ISBN 978-3-608-98667-9, 508 S., 35,00 Euro

Medien

100 Jahre Weimar, 75 Jahre Deutscher Bundestag, 175 Jahre Revolution von 1848/49

www.bundestag.de/parlament/geschichte



Der Deutsche Bundestag hat es sich zur Aufgabe gemacht, umfassende Geschichtsangebote zu großen parlamentshistorischen Jubiläen zu veröffentlichen. Mit dem Internetauftritt »100 Jahre Weimar – Demokratie in der Bewährung« widmet er dem wohl wichtigsten Anknüpfungspunkt des demokratischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik eine materialgesättigte Sammlung. Die Seite erinnert daran, wie hart um Freiheit und Demokratie gerungen wurde und dass das Scheitern der Weimarer Republik keineswegs vorprogrammiert war. Das gut strukturierte Angebot thematisiert die Rolle des Reichstags, erläutert die Grundlagen der Republik, benennt ihre Bedrohungen und demokratischen Widerstandskräfte, stellt in einer Graphic Novel Parlamentarierinnen und Parlamentarier vor und zeichnet den Weg der Republik in den Abgrund nach. Kompakte Erklärtexte, weiterführende Informationen, zeitgenössische Quellen, O-Töne und Gespräche mit Experten wie Heinrich August Winkler oder Andreas Wirsching machen das Angebot zu einem Gewinn für die historisch-politische Bildung. Ergänzt und komplementiert wird dieser Auftritt durch die Sonderseiten »75 Jahre Bundestag« sowie »Revolution

von 1848/49 und die Nationalversammlung in der Paulskirche«. Letzterer zeigt eindrücklich, wie das Werk der Paulskirche bis ins Grundgesetz wirkt.

Esther Geiger

Der Pakt

Guy Ritchie's *The Covenant* (Der Pakt), Amazon Prime Video, 2023, 123 Min.

Sergeant John Kinley (Jake Gyllenhaal) befindet sich mit seiner Einheit im Jahr 2018 im Afghanistan-Einsatz. Ihr Auftrag ist das Aufspüren von Waffenlagern und -produktionsstätten. Zum Team gehört auch die afghanische Ortskraft Ahmed (Dar Salim), der mit seinen Sprach- und Ortskenntnissen schnell zu einem verlässlichen Bestandteil der kleinen Kampfgemeinschaft wird. Auf einer Mission gerät die Einheit in einen Hinterhalt. Kinley überlebt schwer verwundet – dank des Einsatzes von Ahmed. Für die beiden beginnt nun ein Überlebenskampf. Rund 120 Kilometer schlägt sich Ahmed mit dem bewusstlo-

sen John mitten durch ein von Taliban kontrolliertes Gebiet, bis sie auf ihre vermeintliche Rettung, US-amerikanische Soldaten, treffen.

Doch Hilfe erhält nur einer von beiden. Zurück in den USA erfährt Kinley, dass sich Ahmed und seine Familie trotz des versprochenen Asyls immer noch in Afghanistan befinden, wo sie von Taliban verfolgt und bedroht werden. Kinleys Bemühungen, auf offiziellem Weg ein Visum für Ahmed zu bekommen, scheitern, sodass er schließlich auf eigene Faust zurückkehrt, um Ahmed samt seiner Familie außer Landes zu bringen. Guy Ritchie stellt mit »The Covenant« die Situation der Ortskräfte in Afghanistan ins Zentrum seiner Erzählung und thematisiert ein Wertesystem basierend auf Loyalität, Verantwortung und Pflichterfüllung. Eine packende Inszenierung, die auf ihrer tiefgehenden Handlung, optischen Brillanz und starken schauspielerischen Leistungen basiert.

*Cornelia Juliane Grosse
und Helene Heldt*

Schicksalsgemeinschaft: Sergeant John Kinley (r.) und Ahmed (l.) im gemeinsamen Einsatz in Afghanistan.



IMAGO / ZUMA Press

Ausstellungen



ZK Meußien / Panorama Museum, Bad Frankenhausen

Das Panoramamuseum in Bad Frankenhausen

BAD FRANKENHAUSEN

Panorama Museum

Am Schlachtberg 9
06567 Bad Frankenhausen
Tel: 03 46 71 / 61 90
www.panorama-museum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag und an
Feiertagen
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 9,50 Euro
Ermäßigt: 8,50 Euro

BAD SACHSA

Ausstellung »Kinder des 20. Juli«

Tourist-Information
Bad Sachsa
Am Kurpark 6
37441 Bad Sachsa
Tel.: 0 55 23 / 47 49 90
www.bad-sachsa.de
Dauerausstellung
Montag bis Freitag
9.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt frei

BERLIN

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Stauffenbergstraße 13–14
10785 Berlin
Tel: 0 30 / 26 99 50 00
www.gdw-berlin.de
Dauerausstellung
Montag bis Freitag
9.00 bis 18.00 Uhr
Samstag, Sonntag und
an Feiertagen
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

Parlamentshistorische Ausstellung des Deutschen Bundestages

Deutscher Dom
Gendarmenmarkt 1
10117 Berlin
Tel: 0 30 / 22 73 04 32
www.bundestag.de/
deutscherdom
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

BÖBLINGEN

Deutsches Bauernkriegs- museum

Pfarrgasse 2
71032 Böblingen
Tel: 0 70 31 / 66 91 705
www.bauernkriegsmuseum.
boeblingen.de
Dauerausstellung
Mittwoch bis Freitag
15.00 bis 18.00 Uhr
Samstag
13.00 bis 18.00 Uhr
Sonn- und Feiertag
11.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 2,50 Euro

DYBBØL (DÄNEMARK)

Historiecenter Dybbøl Banke

(Düppeler Schanzen)
Dybbøl Banke 16
DK-6400 Sønderborg
Tel: +45 74 48 90 00
www.1864.dk
Dauerausstellung

Montag bis Donnerstag

10.00 bis 15.00 Uhr

Freitag

10.00 bis 12.00 Uhr

Eintritt: 140 DKK

(~19,00 Euro)

Ermäßigt: 85 DKK

(~12,00 Euro)

Gruppenanmeldung in der
Wintersaison erforderlich

STUTT GART

Attentat. Stauffenberg

Stauffenberg-Erinnerungs-
stätte

Altes Schloss

Stauffenberg-Platz

70173 Stuttgart

Tel.: 07 11 / 21 23 989

www.hdgbw.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag

10.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt frei

Der besondere Tipp

Führerhauptquartier »Wolfsschanze«

Sie gilt als bekanntestes Führerhauptquartier während des Zweiten Weltkrieges: die »Wolfsschanze« bei Rastenburg in Ostpreußen (heute: Kętrzyn, Polen). Hier verbrachte Adolf Hitler zwischen Juni 1941 und November 1944 mehr als 800 Tage. Hier verübte Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 ein Attentat auf den deutschen Diktator.

Unter dem Decknamen »Chemische Werke Askania« begann die »Organisation Todt« Ende 1940 mit den Bauarbeiten. Nach Schätzungen sollen mehr als 200 000 Ingenieure und Arbeitskräfte hier eingesetzt gewesen sein. Bis Ende 1944 entstanden sieben massive und 40 leichte Stahlbetonbunker sowie 40 Wohn- und Arbeitsgebäude. Wegen der natürlichen und künstlichen Tarnung konnten die Alliierten die Anlage nie vollständig aufklären. Sie bestand aus drei Sperrkreisen, gesichert durch Stacheldraht, Panzergräben, Wachtürme und einen bis zu 150 Meter breiten Minengürtel. Kurz vor der Einnahme durch die Rote Armee im Januar 1945 sprengte die Wehrmacht die Gebäude. Doch die Massivität der Bunker verhinderte eine vollständige Zerstörung.

Seit 1959 ist die Anlage für die Öffentlichkeit zugänglich. Jedoch gab es lange Zeit kein kritisches Begleitprogramm,

das Attentat vom 20. Juli 1944 wurde nicht gewürdigt. Nach dem Ende des Kalten Krieges übernahm die Wolfsschanze GmbH, die in Mehrheit einem polnisch-österreichischen Süßwarenproduzenten gehörte, die Vermarktung der »Wolfsschanze«. Der Schwerpunkt lag dabei eher auf Tourismus als auf der Schaffung einer historisch-kritischen Ausstellung. So wurde etwa ein Bunker zu einem Schießstand umfunktioniert. Nach einem Besitzerwechsel hat sich das Bild der »Wolfsschanze« in den letzten Jahren aber erheblich geändert: Touristische Programmpunkte wurden entfernt oder zumindest reduziert. Information und Dokumentation stehen im Vordergrund. Es gibt ausgeschilderte Rundgänge durch den Sperrkreis I. Vor den Gebäuden befinden sich Informationstafeln. Die meisten Bunker dürfen aus Sicherheitsgründen nicht betreten werden; ausgewählte Zugänge sind aber entsprechend markiert. An den Ort des Attentats erinnert eine Gedenktafel. Die zerstörte Lagebaracke wurde mit vielen kleinen Details in einem anderen Gebäude nachgebaut. Ferner gibt es eine Ausstellung zum Warschauer Aufstand. Auch wenn das Dokumentationszentrum »Wolfsschanze« (noch) nicht alle modernen museumspädagogischen Ansprüche erfüllt, so befindet es sich auf einem guten Weg und ist allemal eine Reise nach Kętrzyn wert.

Chris Helmecke



Sperrgebiet: Der Lageplan vor der »Wolfsschanze« gibt Besuchenden einen ersten Überblick über das Areal.

Impressum

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Sven Lange und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Cornelia Juliane Grosse M.A.

Chef vom Dienst:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.

Redaktion:
Hauptmann Helene Heldt M.A.
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch
Hauptmann Tobias Pech
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistent: Christine Mauersberger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Bernd Nogli
Ausstellungen: Daniel Schilling, RefMusWes
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMil.Geschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2024 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Militärgeschichtliche Sammlung des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung

Julius-Leber-Kaserne Berlin

Das Wachbataillon verantwortet auf Befehl den Schutz und die Sicherung der Bundesregierung sowie anderer Verfassungsinstitutionen. Es repräsentiert zudem Deutschland bei besonderen Anlässen und führt den protokollarischen Ehrendienst durch.

Seine 2003 in Berlin eingerichtete Militärgeschichtliche Sammlung zeigt einzigartige Dokumente und Ausstellungsstücke. Die Objekte, größtenteils im Eigentum des mit dem Bataillon eng verbundenen Semper talis Bundes sowie des von Rohdich'schen Legatenfonds, thematisieren die besondere Rolle der »Garde« in der deutschen Militärgeschichte. Im »Von-Möllendorff-Saal« liegt der Schwerpunkt auf den Jahren von 1674 bis 1918, während im »Von-Tresckow-Saal« die Geschichte des militärischen Widerstandes des 20. Juli 1944 und der Bundeswehr als traditionsstiftendes Element des Wachbataillons im Mittelpunkt stehen. Die Ausstellung wird demnächst modernisiert.



Bundeswehr / Kai Kupferschmitt



Bundeswehr / Kai Kupferschmitt



Bundeswehr / Kai Kupferschmitt



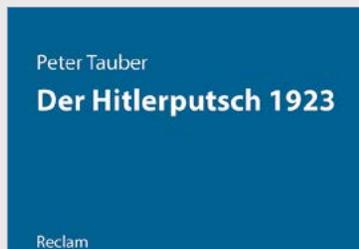
Julius-Leber-Kaserne
Kurt-Schumacher-Damm 41
13045 Berlin
030 / 49 81 15 13
WachBtlBMVgZentralerPosteingang@
bundeswehr.org

Publikationen des ZMSBw



Stephan Wolf

Ein »planerisches Dilemma. Die Ausrüstungsentwicklung der Bundeswehr 1989–1994. Organisation, Bedarfsentwicklung, Probleme. Potsdam: ZMSBw 2023 (= Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 35) 196 Seiten, 10,00 Euro, ISBN 978-3-941571-55-6



Peter Tauber

Der Hitlerputsch 1923
Stuttgart: Reclam 2023
(= Kriege der Moderne),
160 Seiten, 18,00 Euro,
ISBN 978-3-15-011457-5



Hörfeature



Angriff auf die Demokratie: Der Hitlerputsch

Am 9. November 1923 versuchte Adolf Hitler in München zum ersten Mal, die politische Macht zu erlangen. Sein Putschversuch wurde blutig niedergeschlagen.

Das Hörfeature zum Thema basiert auf dem Manuskript »Der Hitlerputsch 1923« von Peter Tauber.